

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementssatz pro Quartal M. 1,50 (ohne Beistellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningski, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen,  
für die dreigeschaltene Zeitung oder deren Raum 80.-

## Völfermai

Wie manches Lied auch schon erklungen  
Der Arbeit Maintag zum Gruß,  
Es wird doch nimmer ausgesungen,  
Was werden soll und werden muß!  
Weltfeiertag des ersten Maien!  
Ideenreich vereinst Du kühn  
Millionen, die heut' einer neuen  
Und bess'ren Zeit entgegenglüh'n!

Das Volk der Arbeit aller Lande  
Befrästigt heut' den heil'gen Schwur  
Des Kampfes wider Knechtschaftsbande,  
Für schön're Formen der Kultur!  
„Brot, Freiheit, Glück! Was auf der Erden  
Wir schaffen selbst tagaus, tagein,  
Des wollen wir teilhaftig werden,  
Wir wollen wahrhaft Menschen sein!“

„Ist es zu viel, was wir verlangen?  
Begreift Ihr Großen Eure Zeit?  
O wähnet nicht in eit'lem Prangen,  
Daz ewig nur im Bettelsleid  
Die Arbeit schreitet ihre Fahnen,  
Sie wird und muß sich einst befrei'n!  
Kein Bitten deuten unsre Fahnen,  
Ein ehern' Wollen schließt die Reih'n!“

„Ihr ringt vergebens mit Gedanken,  
Hinbrausend wie des Sturmes Weh'n!  
Ihr ruft den Geist in die Schranken,  
Ihr könnt und wollt ihn nicht versteh'n!  
Ihr streitet gegen heil'ge Rechte,  
Verschließt Euch wahrer Menschlichkeit,  
Wißt nicht, daß Ihr, die Mammonstnechte,  
Betogene Betrüger seid!“

„Indessen, mahnend Euch bewegen,  
Gerecht zu sein, — Ihr lernt es nie!  
Und niemals wird in Euch sich regen  
Des Menschthums Maienpoesie!  
Ihr seid verkettet mit dem Fluche  
Erworbnen Rechts der heut'gen Welt,  
Und leset nicht im Schicksalsbuche,  
Daz einmal sie in Trümmer fällt!“

„Rast nur und tobt in blindem Geläme!  
Kampf ist der Wahrheit Element!  
Ihr scheucht nicht der Erkenntnis Stimme,  
Verkündend eine Weltenwend'!  
Die Saat ging auf, sie strebt zur Sonne  
Und reift heran zu hehrstem Ruhm,  
Zu Menschenglück und Erdenwonne  
Im Maien-Evangelium!“

F. Fr.

## Die Arbeit und ihr Maiensfest.

Schon ist der junge Venz Herr geworden über des Winters Nacht. Die Sonne strahlt das Reich der Scholle mit neuer Lebenkraft. Ihre Strahlen und die Linden Äste umfassen Baum und Strand und Saatgrün. Myriaden Reime quellen und broschen. Myriaden Blüten enthalten ihre farbenprächtigen Wundergebilde und hauchen wärzige Düfte und die Sänger des Waldes und der Flur grüßen in vieltausendstimigem Chor den Mai, den Fests Macht und Herrlichkeit voll entfalten soll. Der Maienmond ist ein großes Fest, ein Naturfest, ein Fest der Arbeit, des allgewaltigen Weltens der Naturkraft. Und wenn er anbricht, am ersten seiner Tage, beginzt auch das Volk der Arbeit sein Fest, das Weltfest der Arbeit, die heitere Feier des Geistes einer neuen Zeit.

Im ganzen Verlaufe der Geschichte hat es noch niemals ein Fest gegeben, dessen ideelle und kulturelle Bedeutung mit der verglichen werden könnte, die diese Feier charakterisiert. Ihre Idee ist die denkbar höchste und erhabenste. Man darf sagen, daß es sich um eine Bekundung des Geistes echter Humanität handelt, dessen starker Träger und Verfechter das demokratischen Sozialismus huldigende Proletariat ist. Die moderne Arbeiterbewegung tritt am 1. Mai mit einem Idealismus in die Erziehung, wie er vollendet, reiner und vernunftgekärt kaum gedacht werden kann. Entsprechend den Beschlüssen der seit 1889 stattgehabten internationalen Arbeiterkongresse fordert die aufgeklärte Arbeiterchaft aller Kulturländer am 1. Mai demonstrativ die Fanggriffnahme bestimmter, genau erwogener sozialer Reformen, die dem großen kulturellen Zweck dienen sollen, die organische Entwicklung aller Einrichtungen und Verhältnisse der Gesellschaft zu ermöglichen, das Eingreifen der rohen Gewalt in den Entwicklungsprozess zu verhindern. Der nationale und internationale Schutz der Arbeiter gegen die verwüstenden Wirkungen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, in erster Linie die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden, soll das Mittel sein, diesen Millionen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, sie an den Segnungen der Kultur in erhöhtem Maße teilnehmen zu lassen, sie materiell, geistig und fittlich zu heben.

Wer möchte es wagen, zu befürchten, daß an solcher Reform die ganze Kulturwelt das ehebläßte Interesse hat? Die Frage des Arbeiterschutzes wird mehr und mehr für jeden Kulturaufbau eine Frage der Selbsterhaltung. Vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Gesetzgebung ist von außerordentlicher kultureller Bedeutung. Sie ist eines der wirklich großen Mittel, der Verwüstung der Volkskraft, der physischen und geistigen Degeneration der Massen erfolgreich entgegenzuwirken.

Arbeitend leben, wahrhaft menschenwürdig leben, in der Arbeit und durch sie Befriedigung, Glück und Heil zu finden, sie mit höherer Freiheit und edlem Genuss zu verbinden — darauf ist das Streben der Millionen gerichtet, die jetzt noch durch das kapitalistische Wirtschaftssystem, durch die Herrschaft der Besitzübermacht dazu verurteilt sind, unter dem Zwange der Not und des Elends sich auszubeuften zu lassen, ihre Arbeitskraft, ihre Grundsubstanz, ihr Leben fremdem Interesse auszupfropfen.

Diese Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts hat die Grenze der Unerträglichkeit für die Massen des Proletariats erreicht, während gleichzeitig der Ertrag der Arbeit und damit der Reichtum des großen Arbeitserrentums ins Ungeheuer gewachsen ist.

Wie die gold'nen Früchte quellen  
Aus des Überflusses Horn!  
Wie in Städten überhaupt  
Sich ergießt den Segens Horn!  
Aber nicht für ihn, der solches  
Wort, ist gedacht das Maß;  
Ständedienst muß er verrichten  
Dem Einzelmenschen Kapital.

Er, nämlich der Helden des Proletariats, wie sein mythisches Vorbild dem König Eurythms von Mylos. Aber der gefechtete Herkules, hat sich aufgerafft im Gefühle seiner Kraft, im Bewußtsein seiner Würde und seines Menschenrechts sich mächtig emporgereckt, um diese Würde und die Herrschaft dieses Rechts kämpfend zu verwirklichen.

Jener hat das Jod zerbrochen  
Und besezt seine Thron:  
In Olympos Götterhalle  
Erat befreit Altmanns Sohn.  
Also ringt, sio selbst bretzend,  
Kämpfend und ein herrliches  
Welterlözungsziel, die Arbeit,  
Die moderne Herkules.

Eine Herkulesarbeit freilich ist's, die das Proletariat zu vollbringen hat und teilweise bereits vollbracht hat. Eine Herkulesarbeit schon bedurfte es, den Stumpfnn, die Gleichgültigkeit der proletarischen Massen zu brechen, ihre Köpfe aufzuhellen, sie zu einem großen und starken Willen, zur Betätigung der Solidarität zu vereinigen; Hunderttausende, Millionen zu organisieren, zu einer gewaltigen, impotenter Klasse zusammenzuschweißen. Was die Arbeiterorganisation, besonders auch bei uns in Deutschland, im Zeitraume von kaum vier Jahrzehnten durch eigene Kraft, in unausgesetztem Kampfe mit dem Kapitalismus, den herrschenden Klassen und den reaktionären Gewalten bereits errungen hat, kommt einem ungeheuren Kulturfortschritt gleich. Man denkt sich die Arbeiterorganisation und die Sozialdemokratie hinweg; man stellt sich vor, daß sie niemals entstanden wären, niemals sich betätigt hätten — welch trostloses Bild der sozialen Zustände würde sich dann vor dem Geist entrollen! Alles, was an Fortschritten, an Verbesserungen im wirtschaftlichen und sozialen Dasein der Arbeiter erreicht worden ist, darf im wesentlichen als eine Frucht des Kampfes der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft bezeichnet werden. Deshalb auch dürfen wir wohl sagen, daß das Weltfest der Arbeit, die Maiestet, seine Bedeutung hauptsächlich mit darin hat, ein Fest der Organisation zu sein, ein Freudenfest über ihr prächtiges Wachstum und herrliches Gedeihen, über die Erleuchtung der eins verbündeten und verachteten Massen, über die Erstärkung der vormalen Schwächen zu einer weltbewegenden Macht, die dem Reich der Freiheit, in dem die Arbeit aller Menschen Glück begründet, vorbereitend und sieghaft entgegenstrebt. Sehr wahr sagt Karl Marx:

„Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das durch Not und Entehrung bestimmte Arbeiten aufhört. Es liegt also seiner Natur nach eigentlich jenseits der Sphäre der materiellen Produktion. Aber mit der Entwicklung der vormalen Schwächen zu einer weltbewegenden Macht, die dem Reich der Freiheit, in dem die Arbeit aller Menschen Glück begründet, vorbereitend und sieghaft entgegenstrebt.“

Entwicklung der Bedürfnisse erweitert sich auch die Produktivkräfte, die sie befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiete besteht darin, daß der vorgeellschaftete Mensch (die sozialistische Gesellschaft) den Produktionsprozeß rationell regelt, ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den der menschlichen Natur würdigsten und zusagendsten Bedingungen vollzieht. Das bleibt freilich immer ein Reich der Notwendigkeit jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gibt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufschnüren kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung.“

Dass Arbeit des Menschen höchste und heiligste Pflicht, eine vernünftigerweise nicht abzuweisende Selbst- und Nachstelpflicht ist, und daß kein Mensch ein Recht oder gar ein Privilegium auf Faulheit und Faulgang hat, ist eine der wichtigsten Grundsätze des demokratischen Sozialismus. Aber nicht darauf kommt es nach vernünftigen und gerechten ökonomischen sowie ethischen Erwägungen an, daß möglichst viel gearbeitet wird, sondern darauf, daß dem Selbstzweck der Arbeit, welcher in Erhaltung und stetige Verbesserung und Veränderung des menschlichen Daseins, Genüge geleistet wird. Unter der schrankenlosen Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems wird dieser Selbstzweck der Arbeit nicht erfüllt; da ist sie, der Besitzübermacht unterworfen, lediglich ein Mittel zu dem Zweck, immer neue Reichtümer in den Händen der Kapitalisten zu schaffen und damit einer kleinen Klasse die wirtschaftliche, soziale und politische Herrschaft über die Massen zu sichern.

Die großen politischen Fragen unserer Zeit sind von den wirtschaftlichen und sozialen nicht zu trennen. Will die Arbeiterklasse wirtschaftliche Besserstellung und soziale Hebung durch die Macht ihrer Organisation und mit Hilfe der Gesetzgebung erreichen, so muß sie als politische Macht auftreten, als eine selbständige politische Partei, die entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung und das ganze politische Leben gewinnt. So erstreckt sich die Bedeutung des Maifestes denn auch weit über die Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Reform hinaus. Es verbündet sich mit der Aufforderung für nationalen und internationalen Arbeiterkampf ganz logisch die Manifestation des großen Zoons des Volkersolidarismus, der Bölersolidarität, der gesellschaftlichen Neuordnung, deren Vermittelung nur durch die Überwindung der Klassengegenseitigkeit und der Klassenfeindschaft erreicht werden kann. Diese Internationalität ist nicht eine monstrose Idee, nicht eine Utopie, wozu vorurteilsvolle, anwissende oder gebäßige Gegner der Arbeiterbewegung sie stampfen möchten; ihr Begriff ist nicht „Auflösung der Nationen“, sondern die Herbeiführung einer alle Nationen umfassenden Kulturgemeinschaft. Alle Kulturoländer haben an einer solchen Gemeinschaft das größte Interesse; ihre wahre und echte Kulturaufgabe ist, in friedlichem Wetteifer auf den Gebieten der Arbeit, Wissenschaft und Kunst für das höchst mögliche Wohlergehen aller sich zu betätigen. Was sie bis jetzt daran gehindert hat, was sie auseinander treibt und feindlich gegeneinander stellt, das ist die Herrschaft privilegierter Interessen.

## Maientraum

Von Hermann Lorenz.

Erwacht sind Baum und Strauch zu neuem Leben,  
Ein Blätterteppich schmückt nun Flu und Flur,  
Und leise flüsternd zieht ein wohlige Weben  
Der lauen Maienlüste hin durch die Natur.

Hinauf zum blauen Himmelsdome schwingen  
Die Lerchen jubilierend sich empor,  
Und aus dem dunklen Waldestram erflingen  
Der Sängergesang Lieder mir im Ohr.

Und träumend laus' ich ihren Melodien,  
Die mich umkosen, ach, so sehnsuchtsvoll.  
O, würde einstens herrlich doch erblühen  
Der Menschheit Mai, der uns erlösen soll!

O Maienzelt! Du meiner Träume Wonne,  
Die mich umgaulet oft, so mild und hold;  
Im dunklen Dorn, im Glanzestrahl der Sonne,  
Dort bring' ich dir des Maientraumes Gold.

Ich läbt' mich an der Farbenpracht der Auen,  
Ich sog von ihr der Blütendüste Schaum  
Und über mir sah ich den Himmel blauen,  
Lang hingestreckt beim grünen Maienbaum.

Doch graue Nebelschleier sah ich schweben,  
Wo von die Menschheit ist noch dicht umhüllt.  
Wie könnte ich der frohen Hoffnung leben,  
Doch sich mein Maientraum so bald erfüllt?

Der finstern Mächte Zauberbann umwölkt  
Der Brüder viele noch zur Maienzelt.  
Wenn brausend auch der Freiheitsdrut erschallet,  
Dann Knechtmisswahn sind sie noch nicht befreit.

Doch wird auch einstens sie die Freiheit lüffen  
Mit heil'ger Glut im hellen Maienlicht.  
Dann endlich wird der Zauberbann zerissen,  
Der sie umhangen hält, so schwer und dicht.

Wenn einst der Menschheit Fesseln werden fallen,  
Wenn frei die Völker sind im Weltenraum,  
Wenn Glück und Friede auf der Erde walten,  
Dann ist erfüllt mein schönster Maientraum.

Diese Interessen stehen den gemeinsamen Interessen der Arbeiter aller Länder gegenüber. Sie haben keinen Grund, einzutreten für das, was dem Kapitalismus, der Standes- und Klassenherrschaft eine letzte Stütze und eine Quelle der Kraft und des Gewinnes ist, für den Militarismus, der überall gerade der Arbeitersklasse die schwersten Opfer auferlegt. Was könnte sie veranlassen, sich für den Massenmord, für den Krieg zu begeistern, der hauptsächlich doch ihr Blut, ihre Kraft, ihr Gut fordert? Sie haben in Ansehung ihrer menschlichen Interessen zweifellos Urtreue, sich die Überwindung des Nationalhauses, des kriegerischen Geistes, des Militarismus, der zum Krieg führenden Privilegien-Interessen angelegen sein zu lassen.

Auch dieses Streben soll durch die Mäuseier einheitlich demonstrativ zum Ausdruck gebracht werden. Helfet, Freunde und Genossen, daß das so gut, so fröhlig, so impostant wie möglich geschieht! Heraus, herau zum Maientest! Und bräusend möge wiederum der Jubelruf von Ort zu Ort, von Gau zu Gau, von Land zu Land erilden:

Hoch die Arbeit und ihr Recht,  
Hoch ihr internationaler Bruderbund!

### Berufsgenossenschaftlicher Arbeiterschutz.

II.

Wie im allgemeinen bei allen Berufsgenossenschaften, so läßt auch im besonderen bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften die Unfallversicherung fast zu wünschen übrig. Die Herren Baugewerksmeister wehren sich zwar gegen solche Vorwürfe, aber durch Tatsachen haben sie bisher noch nicht zu entkräften vermocht. Die fortgesetzte Kritik der baulichen Zustände seitens der organisierten Arbeiterschaft, der sich hauptsächlich auch das Reichsamt des Innern und das Reichsversicherungsamt nicht verschließen konnten, haben aber doch erreicht, daß die Bauunternehmer sowohl im einzelnen wie als Korporation dem Arbeiterschutz etwas mehr Interesse als früher entgegenbringen. Und als Frucht dieser erzwungenen Fürsorge darf man wohl den vorläufigen Stillstand der Unfallsiffer im Baugewerbe betrachten. Wir möchten aber sofort Betrachtung dagegen einlegen, daß irgend jemand Grund hat, über den „Erfolg“ zu jubeln, wie es in einigen baugewerblichen Unternehmensorganen geschieht, um so weniger, da in den Bezirken einiger Berufsgenossenschaften noch eine weitere Steigerung der Unfallsiffer eingetreten ist.

Die Gesamtzahl aller bei den zwölf Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Eisbau-Berufsgenossenschaft gemeldeten Unfälle betrug im Berichtsjahr 64 385, das sind auf 1000 Vollarbeiter im Durchschnitt 58,55. Von den Unfallverletzten gingen mit 100 ab 857, dauernd teilweise erwerbsunfähig blieben 118, dauernd teilweise erwerbsunfähig 4650, und vorübergehend erwerbsunfähig waren 6794. Entschädigung für Verletzte wurde erstmals in 11242 Fällen gezahlt. Die vorstehenden Zahlen zeigen, daß von den 64 385 Verletzten nur ein geringer Bruchteil (19,4% vgl.) den Berufsgenossenschaften zur Last fällt. Für die übergroße Mehrzahl der Verletzten müssen die Krankenkassen eintreten, da bekanntlich die Berufsgenossenschaften für Unfälle, die nicht über 18 Wochen eine Gewerbeschädigung nach sich ziehen, keine Entschädigung zahlen.

Im einzelnen waren die Baugewerks-Berufsgenossenschaften an den Unfällen im Jahre 1905 wie folgt beteiligt:

Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Unfälle über-haupt	Zahlen der Unfälle		Von 1000		1905	1904		
		Tot	dauernd teilweise erwerbsunfähig	Berufsschädigungen	Berufsschädigungen				
Hamburgische	2088	40	12	108	338	57,48	55,86		
Nordöstliche	12437	175	24	585	1316	69,23	68,73		
Sachsen-Polnische	5076	91	6	454	514	58,15	58,87		
Hannoversche	2866	73	4	229	325	39,03	39,69		
Magdeburgische	2044	32	2	109	212	54,38	64,57		
Sächsische	4610	80	4	442	555	49,88	49,91		
Thüringische	1492	19	—	194	156	42,07	48,81		
Hessen-Nassauische	3854	53	1	262	267	51,58	50,65		
Meinisch-Westfälische	7336	218	1	656	925	44,92	45,87		
Württembergische	1453	31	—	260	172	43,97	47,87		
Bayerische	5087	62	23	279	498	70,72	77,94		
Südwürttembergische	8390	61	4	144	468	61,17	59,84		
Tiebau	11652	150	32	926	972	82,57	83,36		

Nach dieser Zusammenstellung ist die Unfallsifferigkeit bei den Berufsgenossenschaften zurückgegangen, bei der Hälfte derselben allerdings nur um weniger als 1 pro 1000. Bemerkbar macht sich der Rückgang in den Bezirken der Bayerischen und Württembergischen Berufsgenossenschaften; dort diktieren aber die Maßnahmen dieser Genossenschaften am allern wenigsten zu dem erfreulichen Ereignis beigetragen haben. Bayern und Württemberg sind nämlich bis jetzt die beiden einzigen deutschen Bundesstaaten, wo auf Drängen der Arbeiter und auf Beschluss der gegebenen Körperschaften seitens der Landespolizeibehörden Arbeiter als Baufontrolleure zugelassen bzw. eingesehzt worden sind. Gerade gegen diese Kontrolle

haben die Unternehmervereinigungen und auch die Verbandsversammlungen der Berufsgenossenschaften auf das schärfeste Stellung genommen. Und von vielen Petitionen der baugewerblichen Unternehmerorganisationen ist es wohl auch geschuldet, daß sich Reichsregierung und die Regierungen vieler Einzelstaaten so schroff weigerten, den Arbeitern bei der Überwachung der Betriebe die Stellung einzuräumen, die sie durchaus haben müssen.

Es läßt sich natürlich nicht zitterunfähig nachweisen, welchen Anteil die Arbeiterskontrolle oder die Maßnahmen der Berufsgenossenschaften am Rückgang der Unfälle haben, aber das ist sicher, daß die „erhöhte Aufmerksamkeit“ der Berufsgenossenschaften erst durch die offizielle wie inoffizielle Kontrolle der Arbeiter erzwungen worden ist. Die Überwachung der Betriebe abseiten der Berufsgenossenschaften erfolgt durch Vertrauensmänner und beamtete Beamte. Technische Aufsichtsbeamte bei allen 13 Baugewerks-Berufsgenossenschaften 82 im Jahre 1904 und 92 im Jahre 1905 angehellt. Man sieht also, stark haben sich die Genossenschaften bei der Überwachung nicht engagiert. Dabei sind fast alle Beamte mit der Nachprüfung der Lohnnachweisungen beschäftigt, so daß man eigentlich nie weiß, welche Tätigkeit als Nebentätigkeit anzusehen ist. Für die Überwachung (Kontrolle) der Betriebe haben sämtliche Bau-Berufsgenossenschaften A. 307 602,81 im Jahre 1904 und A. 384 055,51 im Jahre 1905 ausgegeben. Für die Unfallverhütung insgesamt Überwachung der Betriebe, Erlass von Unfallverhütungsvorschriften, Rettung Verunglückter und Abwendung von Unglücksfällen veranschlagen (unter Beglaubigung der Pennige):

Der Satz in der oben angeführten Resolution des Mannheimer Parteitages, daß die allgemeine Arbeiterschutz dort einzutreten soll,

„wo die Möglichkeit der Arbeiterschutz vorhanden ist,“ zeigt, daß der Parteitag der Meinung war, daß die Arbeiterschutz keine unter allen Umständen durchzuführende Forderung ist.

Parteigenossen! Wie vertrauen auf Eure Einsicht und Klugheit! Wir erwarten, daß Ihr die Verhältnisse genau prüft und eine Entscheidung trefft, die Ihr vertreten könnt. Mögen immerhin dort, wo die einem ungleichen Kampf oder einem Kampfe, dessen Opfer den Erfolg nicht lohnen, aus dem Wege geht, Eure Freunde Euch höhnen. Bewahrt Eure Kaltschnitte! Ihr Höhner ist nur der Ausdruck eures Angers darüber, daß Eure Klugheit der Anwendung ihrer Brutalität keine Gelegenheit bietet.

Die Opfer, die Ihr jetzt in einem Kampfe vergeblich bringen müsstet, können, zur rechten Stunde gebracht, Siege erringen helfen.

Die kommenden Zeiten werden es an schweren und immer schwerer werdenden Kämpfen nicht fehlen lassen. Denn Kampf und wieder Kampf entricht sich diesen Tagen.“ Hier die Arbeiterschafft, dort die Unternehmerschafft, geschwächt und gestählt durch die Staatsgewalt. Weder stehen sich lawabereit gegenüber. Die stets schärfer werdenben Gegenseite lassen sich nicht ausgleichen. Die Kluft wird breiter und tiefer. Parteien gewinnen! Das beachtet und richtet dänisch Eure Taktik ein. Die Mäuseier ist Gemeinkunst des Proletariats geworden — und bleibt es den Gegnern zum Trost!

Aus dem Reichstag. Der großen sozialpolitischen Generaldebatte zum Etat des Reichsministeriums des Innern wurde am 16. April durch einen Schlußantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie ein Ende gemacht. Aus dieser Debatte ist noch folgendes von Interesse für unsere Leser zu bemerken:

Der sozialdemokratische Abgeordnete Horn schilderte die Arbeiterschafft, unter denen die Arbeiterschafft der Glasbläser höher zu stehen haben und forderte gelegentlich einen Tag für dieselben. Was der ihm folgende Redner, der konervative Abgeordnete Hirsch, nicht leistete, sollte man kaum für möglich halten. Mit der ihm eigenen hochgradigen Unverfrorenheit behauptete er: es müsse Sozialpolitik getrieben werden ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie, denn deren Zustimmung zu irgendwelchen sozialpolitischen Maßnahmen wäre unmöglich, wenn man die Arbeiterschafft nicht erleden! Solch tollen Unsinne tragen Staatsverhältnisse! Politiker im Deutschen Reichsstage vor. Dann gestattete sich der Herr eine Wiederholung seiner vor einiger Zeit erhobenen Behauptungen, daß die Gewerkschaftsführer sich „sehr gut“ aus den von den Arbeitern erprobten Mitteln beziehen lassen. Auf Beuerlungen über den Hamburger Hafenarbeiterstreit und dort vorbereicht gegen Arbeitswillige verübten „Terrorismus“ eingehend, legte Staatssekretär Graf Pöhlowski dar, wie nach seiner Ansicht der „Schlag der Arbeiterschafft“ gestaltet werden könnte. Er sagte: „Jeder anständige Mensch, jeder, der das Prinzip der Freiheit im bürgerlichen Leben hochhält, muß es missbilligen, wenn Zwangsmaßregeln geübt werden gegen irgend jemand auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes Handlungen zu erzeugen oder zu unterlassen. Wenn man aber alle diese Fälle in der Stelle, die hier im Parlament vorgestellt werden, wegen eines ungerechten Zwanges gegen Arbeitswillige, gegen Mitarbeiter näher prüft, so wird man immer finden, daß alle diese Fälle bereits jetzt unter das bestehende Strafgeleybniß fallen.“ Das diese Fälle nicht bestraft werden können, liegt nicht daran, daß die gelegentlich Strafschuldenträger nicht auftreten, sondern es liegt daran, daß sehr häufig kein Kläger findet und noch häufiger kein Zeuge. Wenn man solche Fälle, wie sie mir auch anonymer häufig zugeben, den zuständigen Behörden zur Verfolgung überträgt, so gerätnt die ganze Sache unter den Fingern, nach einem Eindruck häufig, weil die Zeugen nicht den Mut hatten, die Klage aufrecht zu erhalten, und häufig, weil die Zeugen nicht den Mut hatten, Zeugnis abzulegen. Daraus folgert ich, daß neue gesetzliche Maßnahmen wahrscheinlich an der Sache nicht viel ändern werden. Es kommt darauf an, daß sich die Geschädigten zusammenfinden und gemeinschaftlich gegen einen solchen ungeeigneten Zwang Front machen und die Hilfe in Anspruch nehmen, die ihnen Staatsanwalt und Polizei gewähren muß, wenn diese Fälle, wie behauptet wird, wirklich richtig und zutreffend sind. Im Reichstagsjuliwirt wird ja der Entwurf für ein neues Strafgesetzbuch aufgestellt. Dabet wird die Frage erinst zu prüfen sein, ob es möglich ist, durch härtere, vorstellige Haftung der Paragraphen gegen Verbreitung, gegen Gewerbeleitung, gegen unberedtigen Zwang, gegen Beruf etwas zu erreichen. Wenn man aber an einer so decentrationsbollen Stelle steht wie ich, lernt man jeden Tag zu. Ich muß Ihnen offen gestehen, daß bin auf Grund meiner Erfahrungen zu der Ansicht gekommen, daß ich es für falsch halten würde, jetzt die Sache anders zu besorgen als auf Grund eines allgemeinen Strafgesetzbuchs, das gegen jedermann gilt.“

Der Herr Staatssekretär hätte nach unserer Kenntnis objektiver und gerechter kritisieren müssen. Das die Unternehmerschafft das Schriftmacherium und nicht selten auch Polizei und Justiz, mit dem Begriff „Terrorismus“, sobald es sich um Arbeiter handelt, großen Unzug treiben, indem sie diesem Begriff eine willkürliche, völlig unzureichende Deutung geben, ist längst bekannt. Man ist es ja längst gewohnt, daß völlig gelegentlich, rechtlich und moralisch völlig einwandfrei Verhalten gegenüber Arbeitswilligen als strafwidriger Terrorismus betrachtet wird. Die in fast allen Organisationen werden von Arbeitswilligen und ihren Protektoren wider Streitende vorgebracht — Denunziationen, die sich bei näherer Untersuchung als falsch herausstellen. Das ist der Grund, weshalb so häufig die Klage nicht aufrecht erhalten werden kann. Aber auch sehr häufig fallen die Angeklagten falscher Zeugen aus, und ungerechter Verurteilung zum Opfer. Uns dünn, Graf Pöhlowski hat nicht recht getan, die Arbeitswilligen zu gemeinsamem Vorgehen gegen „Terroristen“ zu ermahnen. Erfahrung lehrt, daß Arbeitswillige, angeleitet und angeportet von den

### Politische Umschau.

Zur Mäuseier. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei erließ zur Mäuseier einen Aufruf, in dem er besonders der herrschenden Aussperrungsmaßnahmen gestoßen.

„Wie wenig der soziale Frieden heute möglich ist, dafür legen kläffiges Zeugnis ab die gewöhnlichen Kämpfe, die in diesem Augenblick in Deutschland innerhalb der verschiedenen Berufe sich abspielen und hundertausend deutsche Arbeiter auf die Straße geworfen haben. Die angesichts einer Hochconjunktur, fast sondergleich und angesichts der mächtig gestiegenen Mieten und Lebensmittelpreise nur zu gerechtifigten Forderungen zahlreicher Arbeiterschichten hat das Unternehmerschafft in einer langen Reihe von Fällen mit der Auswirkung der Forderungen beantwortet. Für diese einzutreten und Ihnen zum Siege zu verhelfen, ist die vornehmste Aufgabe der organisierten Arbeiter. Schwere finanzielle Opfer, schwere Opfer an Familienglück und Kinderwohl werden den Arbeitern aufgeworfen, um die Gewaltstrikete der Unternehmerschafft zurückzuweisen. Und nach neuen Gewaltstriketen giert diese.

Vor, wo solche Gelüste vorhanden sind, dürfen wir nicht die Befriedigung derselben ermöglichen. Das gebieten die Klugheit und das Interesse der beteiligten Arbeiter.

Daher empfehlen wir unseren Parteigenossen, überall dort, wo die Gewissheit besteht, daß die Arbeiterschutz am Maitag zu einer Aussperrung führt, unter den obwaltenden Umständen von einer Arbeiterschutz abzuweichen. Die Arbeiter, die nicht in die Arbeiterschutz eintreten können, mögen am Abend des 1. Mai zusammentreten, um ihren Forderungen und Bestrebungen den gebührenden Ausdruck zu geben,

Unternehmern und nochend auf das Mohlmosse der Polizei und Gerichte, und jetzt leiten ein „genaujämes Vorgehen“ gegen Streitende in der Weise betreiben, daß sie an ihren Gegnern brutale Gewalt an üben ohne jeden rechtlichen Grund. Wie nun, wenn die „Braven“ des Staatssekretärs Wahlung dahin ausfassen, daß es ihr „gutes Recht“ sei, diese Bravos zu verallgemeinern? Von Unternehmer-Terrorismus hat Graf Posadowsky sein Wort geplagt, obwohl dieser sich in letzter Zeit immer rücksichtsloser geltend gemacht hat. Ein Ausnahmegesetz gegen die organisierte Arbeiterschaft zum Schutze der Arbeitswilligen, wünscht er nicht mehr. In Sachen des gemeinsamen Strafrechts will er die Schriftfrage geregelt wissen. Dann aber muß das Gesetz auch Garantie dafür bieten, daß es wirklich gegen jeden Anwendung findet, also auch gegen die terroristischen Unternehmer. Weiß Graf Posadowsky nicht, daß bis jetzt sich noch kein Gericht gefunden hat, das gegen Unternehmer wegen Ausübung ungeheilichen Zwanges eingeschritten wäre?

Der sozialdemokratische Abgeordnete Sachse ging mit Herrn Dieckens ins Gericht. Er legte überzeugend dar, wie die Gewaltüberhöhung der Gewerkschaftsbeamten tatsächlich beobachtet wird, daß es Lüge und Verleumdung ist, die Schäler dieser Beamten als „zu hoch“ zu bezeichnen. Redner leitete dem Hause einige sehr drastische Fälle vom Unternehmerterrorismus mit, unter anderem folgende: „Im erzgebirgischen Schleifenzbergbau wurde längst nach den zehnstündigen einschließlich Arbeitszeit eingeführt. Die Arbeiter protestierten; sie sollten diejenigen, die nicht einverstanden waren, sich in eine Liste einzuschreiben. Alle, die es taten, wurden auf der Stelle entlassen. Der sozialistische Bergbau Oberschlesiens und des Saarreviers geht mit dem schlechten Beispiel voran. Dort entläßt man alle Arbeiter, die nur eine Arbeiterzeitung lesen. Im lothringischen Eisbergbau hatte ein Bergmann für die Interessen des Verbandes geworben und sich dadurch das Mißfallen der Bergherren zugezogen; er wurde auf die schwarze Liste gesetzt und stand im ganzen Bezirk keine Arbeit mehr. Auf seine Klage hat dann das Gericht die Grubenverwaltung zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt mit der Begründung, daß die betreffende Maßregel einzig und allein darum gegangen sei, den schon besiegt und verworfen Gegnern vollkommen zu dienen zu werken und ihm jede Möglichkeit des Gewerbes abzuschnieden. Ein davorlieger gehäßiger und schwerwiegender Eingriff in die Arbeitsfreiheit sei auf schmerste zu verurteilen und verstöße gegen die guten Sitten. Das ist der gerichtlich festgestellte Terrorismus der Arbeitgeber.“

Weiter bemerkte Abgeordneter Sachse: „Was über Ausschließungen gegen Arbeitswillige erfunden und zusammengelogen wird, ist ganz unglaublich. In Ingolstadt verbreite man eines Tages die Schredensnachricht, daß die freigewählten Maurer ein Gerüst durchschneiden hätten, damit es zerbräche, wenn die Christlichen darüber gingen. Vor Gericht stellte sich heraus, daß der betreffende Nebenarbeiter in der darüber liegenden Weise angelogen worden war. Er nahm alle Behauptungen zurück und zahlte alle Kosten.“

Das Resultat der sechzägigen Debatte war die Annahme von 15 Resolutionen, die von der Regierung die Vorlage einer Reihe sozialpolitischer Gesetzesvorschläge verlangen; sie betreffen u. a.: Verschärfung der Sonntagsruhe; gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe; Schaffung eines Reichsarbeitsamtes; Neuregelung des Submissionswesens; reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Verbäumungswesens.

Bei Beratung des Kapitels Reichsgesundheitsamt brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Sebiring die Röntgenbildfeindlichkeit gründlicher Ausgestaltung des Gewerbehygiene zur Sprache. Im Zusammenhang damit steht die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit. Redner führt aus, daß durch übermäßig lange Arbeitszeit eine Degeneration der Arbeiter herbeigeführt und die Unfallgefahr erheblich gesteigert wird. Er erachtet eine Annahme einer Resolution der sozialdemokratischen Fraktion, daß die Regierung darüber möge, eine bessere Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften zu schaffen und daß den Gewerbeaufsichtsräten Arbeiterschutzelemente beigegeben werden.

Der Pole Koriaty konstatiert, daß auf den oberösterreichischen Gruben die Unfallsverhütungsvorschriften so gut wie gar nicht beachtet werden. Auch die Genossen sind deren Bekämpfung wurde in den Kreis der Verhandlung gezogen. Der Bentzungsabgeordnete Wallenberg möchte die Einführung einer Spezialkommission, die im Interesse der Arbeiterversicherung die Krankheit an Ort und Stelle erforscht.

Von Seiten der Wissenschaft und der Behörden ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß schlechte Wohnungen der Genossenschaftsbau leisten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hengstädt ging näher auf diesen Teil der Frage ein. Er forderte ein energetisches behördliches Einschreiten gegen die schlechten Wohnungsverhältnisse, unter denen die arbeitende Bevölkerung in Rheinland und Westfalen leide: „Fotogestellt kommen Klagen aus dem Königreich Preußen, die ein geradezu grauenreißendes Bild zeigen. In den Betonkolonienwohnungen werden die Krankenhäuser geradezu künstlich gesäubert. Freilich sind für jede Familie vier Zimmer vorgesehen, aber sie werden stets von zwei Familien bewohnt, die noch Kostgänger hinzunehmen. Zu diesen Einschränkungen kommt den Bergmann einerseits der Umstand, daß er mit den sogenannten hohen Löhn nicht auskommen kann, anderseits liegt die Urtache in der großen Wohnungsnott. Die Zunahme in das Reich der Industriegüter ist ja eine ganz enorme und wird durch gewissenlose Agenten noch künstlich gefeiert. Die Bergwerksleistungen müssen sehr wohl, daß die Abhängigkeit der Arbeiter in den Kolonienwohnungen größer ist, und deshalb werden Wohnungen in aller Eile gebaut, model alle sanitären Begriffe dort außer Acht lassen. Die Leute ziehen hinunter, wenn die Wände noch nicht verputzt sind, und beflecken sich mit dem einen Raum, während der andere verputzt wird. Oft fehlt noch die Treppe und mit Leitern müssen sie eins und austiegen. Das verärgert im Herbst begogene Wohnungen im Winter nicht austrocknen können, liegt auf der Hand, um so weniger als die Straßen ringsherum einen wahren Morast darstellen. Da sind denn Moder, Pilze, Schimmel, von den Türen und Wänden

herunterlaufendes Wasser, die Merkmale solcher wie Pilze aus dem Boden gehässiger Bedientenkoloniewohnungen. Dazwischen der Körper der Bewohner leiden muß, ist selbstverständlich. Was soll man z. B. sagen, wenn in einem Quartier mehrere hundert Bewohner über ein Wirtschaftsjahr sich ohne einen Abort begnügen müssten? Es war das auf der Bude „Deutscher Kaiser“ des Herrn Thyssen. Aber da regt sich keine Staatsgewalt, erhebt Strafvertrag, keine Polizei. Und kein Staatsanwalt erhebt Anklage.“

Wie stimmt diese wahrheitsgetreue Schilderung zusammen mit denjenigen der rheinisch-westfälischen Kaufmänner, die wir im Vortagstext der letzten Nummer unteres Blattes mitgeteilt haben?

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution des Abgeordneten Dr. Häger (Kreisium) auf Vorlage eines Reichswahlungsgegesetzes.

Als Erstes trat die Meldissizverwaltung entworf der sozialdemokratische Abgeordnete Heine ein drastisches Reformprojekt der Staatsanwaltschaft. Er schaffte hauptsächlich auch die Justizpraktiken, die sich gegen die organisierte Arbeiterschaft und deren Verbündeten richteten. Es war der Nachdruck auf Mangel an Verständnis, ja vielfach offenkundig feindselige Haltung gegenüber diesen Bestrebungen vor und führte dazu u. a. aus:

„Für das Recht und die Interessen der Arbeitgeber hat die Rechtsprechung immer Verständnis; man pflegt ausführlich zu begründen, welchen Schaden der Arbeitgeber durch eine Arbeits-einstellung oder Sperrung hat. Doch aber die Arbeiter, auch leben wollen, dafür hat man nicht entfert dasfehlende Verständnis. Nur für eine Sorte von Arbeitern hat die Rechtsprechung immer ein sehr großes Verständnis, das sind die Streitbrecher. Wenn der Streitbrecher einen organisierten Arbeiter bestellt, wird dieser auf den Weg der Privataffäre verwiesen. Wenn aber der organisierte Arbeiter den Streitbrecher bestellt, so wird sofort ex officio Anklage erhoben. In Nürnberg hat im vorigen Sommer ein Streitbrecher einen durchaus friedlichen Arbeiter über den Haufen geschossen, aber man hat den Mörder entwischen lassen, und jetzt sitzt er im Auslande und ist nicht zu fassen.“

Zu den versprochenen Reichsvereins- und Verbäumungsgesetzen bemerkte der Redner u. a.:

„Während man Arbeitern alle möglichen Schwierigkeiten macht, wenn sie ihre Vereinsschule in ganz unzweckmäßiger Weise ausüben wollen, unterstellt man anderseits die Arbeitgeber, wenn sie die Arbeiter hindern wollen, ihr Berufsrecht auszuüben. Es kommt definitiv nicht selten vor, daß Arbeitgeber von Arbeitern die Unterschrift eines Reverses verlangen, wonach sie seiner Gewerkschaft angehören dürfen. Diese Vertragsbestimmung läuft darüber hinaus, eines der Grundrechte des Staatsbürgers, das Koalitionsrecht, zu berühren. Sie verhält offenbar gegen die guten Sitten im Sinne des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Und daß ein solcher Vertrag, der gegen die guten Sitten verstößt, wichtig ist, das ist bei der Beratung des § 138 ausdrücklich sogar von dem Regierungsvorsteher anerkannt worden. Damals ist sogar ein sozialdemokratischer Antrag, der das Koalitionsrecht sichern wollte, ausdrücklich mit der Verbindung abgelehnt worden, daß eine solche Verhinderung als gegen die guten Sitten verstößend wichtig wäre. Jetzt hat aber vor kurzem hier in Berlin eine Kammer des Gewerbedeutschlands unter einem juristisch gebildeten Vorstandes erläutert, eine solche Bestimmung wäre doch verbindlich, und so wurde damit eine grobe Gesetzesverlegung aufgehoben. Wenn dort Verständnis gehabt hätte für das Verhinderen der arbeitenden Klassen für den Wert des Koalitionsrechts, dann wäre ein solches Urteil unmöglich gewesen.“

Weiter führte der Abgeordnete Heine noch folgendes aus:

„Neuerdings kommt wieder die Mode auf, gegen Streitposten mit dem großen Unfringsparagraphen vorzugehen. So haben die Landgerichte Mühlberg und Torgau einige Streitposten, die auf Zugangs wegen zu der kleinen Stadt, Hindernis von Mettern von einander entfernt, standen, mit der Absicht, Arbeitswillige fern zu halten — die aber gar nicht kamen — wegen groben Unfanges, wegen Verletzung des Publizums angeklagt und verurteilt. Diese Art der Rechtsprechung gleicht einem Schlafenden, der, vom Alpträumen geplagt, sich nach allen Seiten wirft, um den Druck los zu werden. So greift die Rechtsprechung nach immer neuen Mitteln, aber sie wagt es nicht, sich manchmal zu ermuntern und der Sonne der Gerechtigkeit und Wahrheit im Angesicht zu schauen. Auch in der Anwendung des Unfringsparagraphen gegen die Arbeiter gibt es wieder neue und tödliche Fälle. Diese Rechtsprechung braucht bestimmt darauf, daß in dem Streben nach Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen das Streben nach einem rechtswidrigen Vermögensvorteil erledigt wird. Die Konsequenz wäre, daß ein Beamter, der um höheres Gehalt petitioniert, damit auch einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erfrebt. Durch § 128 ist den Arbeitern ausdrücklich gestattet, sich zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen und zu streiten. Tun sie das aber, so werden sie wegen Expressum angeklagt und verurteilt. Wenn Arbeiter ihrer Mitarbeiter veranlassen wollen, ihren Verbände beizutreten, so wird, geaggt, die Arbeiter wollen, die anderen zwingen, ihrem Verbände beizutreten, damit der Verbund die paar Groschen dieser anderen Arbeiter verdiente; also wollen sie dem Verbund einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zuwenden. Ein fauler Fall hat sich im Herzogtum Sachsen-Meiningen zugestellt. Dort wurde ein Gewerkschaftshaus umgebaut. Der Arbeitgeber sprach auf Verlangen seines Arbeitgeberverbands die organisierten Arbeiter aus. So daß dieses Gebäude durch Streitbrecher gebaut werden sollte. Das konnte natürlich die Arbeiter, zumal es sich um ein Gewerkschaftshaus handelte, nicht zulassen. Als sich mein Parteikreis Horn dies dem Arbeitgeber unterbreitete und erklärte, daß, wenn die Arbeit weiter durch Streitbrecher ausgeübt würde, über den Raum die Sperrung verhängt werden würde, wurde er wegen Expressum zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Was würden Sie sagen, wenn man Leute aus besetzten Gewerkschaftshäusern, die irgend ein Restaurant verunreinigen wollten, wenn ihnen nicht bestimmte Vorteile gewährt würden, auch wegen Expressum verurteilt?“

Zur weiteren Verlauf des Debates zum Etat des Reichsjustizamts wird die Kritik des Justizamts von sozialdemokratischer Seite fortgesetzt werden.

Es ist geplant, die notwendigen Arbeiten des Reichstags, vor allem den Etat, bis zum 8. Mai zu erledigen und dann entweder die Session zu schließen oder bis zum Herbst zu verlängern.

**Die soziale Fürsorge der freien Gewerkschaften hat eine brachtliche Anerkennung von gegenüberlicher Seite erfahren.** Auf der Hauptversammlung des Sächsischen Herbergsverbandes, die im Anschluß an den Vereinstag für innere Mission dieser Tage in Dresden stattfand, bestätigte der Vorsitzende Graf Vilhelm von Eckstädt den Rückgang des Vertrags auf den dreistufigen Herbergen „zur Heimat“. Er erklärte dies aus den wirtschaftlichen Hintergrund mit ihrem starken Verbrauch an Arbeitskräften und vornehmlich daraus, daß die freien Gewerkschaften anfangen, für die in ihnen organisierten Arbeiter eigene Herbergen mit modernsten Einrichtungen und sehr billigen Preisen zu schaffen.“ Der Herr Graf empfahl dann, die Herbergen „zur Heimat“ einer zeitgemäßen Reform zu unterwerfen, wonach sich aber gegen die Vorstellungen des Grafen Mumau, christliche Gewerkschaftsberbergen zu errichten. Die Herbergen zur Heimat, meinte weiter, dürften sich nicht von den Herbergen der freien Gewerkschaften unterscheiden lassen. Es müsse eine Verbesserung der baulichen und Betriebsverhältnisse getan werden. An die Stelle des Herbergsbaus müsse ein christlich-organisierter Arbeiter kommen. Gleic bei der Anfahrt müssten die Gewerkschaften in unaufhörlicher Weise gehoben werden.

Aller „zeitgemäßen Reform“ der christlichen Gewerkschaftsberbergen wird den immer stärker einsetzenden Verfall dieser auf unehrbare Verformung und religiöse Dressur reisender Arbeiter berechtigte Erziehung nicht aufhalten. Leidiges mögen die Bürgner und Schwinder, die kirchlich im Christglaube behauptet haben, daß das soziale Wirken der freien Gewerkschaften „belanglos“ sei, die entgegengesetzten Ausführungen des Grafen Vilhelm merken.

**Über den moralischen Wert der Arbeitswilligen erteilt die Schlesische Zeitung:** „Sie mehren sich in den verschiedensten betriebsnahen Betrieben und lassen sich bald wie möglich vom Streitposten abfangen.“ Und dann steht dieses Gefünd auf Kosten der Verbände, künftig deren Kosten aus. Nicht selten werden „Arbeitswillige“ vom Unternehmer gekauft, um die Arbeiterorganisationen zu schwächen. Und für solche Subjekte verlangt ein Schuß im Namen der „Ordnung“!

## Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.** Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen bekannt wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

**Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:**

### Deutschland:

#### Maurer:

##### Hansestädte:

Hamburg: Ochsenwälder, Kirchwälder (Streiks), Cuxhaven (Differenzen);

##### Schleswig-Holstein:

Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Burg b. Wilster, Kellinghusen, Segeberg (Streiks);

##### Mecklenburg:

Neubrandenburg (Aussperrung), Sülfze (Sperrung über Holdorf), Ribnitz (Bauarbeiterstreik), Malchin, Rostock (Differenzen);

##### Brandenburg:

Lübbenau, Eberswalde (Aussperrung), Kalkberg-Rüdersdorf, Hennigsdorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks), Bruchmühle (Sperre über Conrad, Schulz und Krause);

##### Pommern:

Bansin (Sperre über Berger), Podelsch (Sperre über die Seifenfabrik in Sidowsee und die Zementfabrik Stern in Finkenwalde), Greifswald, Wolgast (Massregelungen), Stolp (Aussperrung), Belgard, Greifswald (Streiks), Schivelbein (Differenzen), Pölitz (Sperre über Paape);

##### Ost- und Westpreussen:

Rastenburg, Braunsberg, Memel (Differenzen), Pelplin (Streik);

##### Posen:

Schwersen (Streik);

##### Königl. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, Göttlieb Tschirley in L.-Gohlis, Pariserstrasse), Rötha (Sperre über O. Böttcher), Oderwitz (Sperre über Kräsing), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Cunewalde (Sperren über Jermies und Kutschke);

##### Thüringen:

Weida-Wünschendorf, Saalfeld, Langenwetzendorf (Streiks);

##### Hannover, Oldenburg und Lippe:

Brinkum, Stade, Herzberg, Lauterberg (Streiks), Seelze (Sperre über die chemische Fabrik), Hameln (Aussperrung);

##### Braunschweig:

Helmstedt, Langelsheim (Streiks);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

Nauburg a. d. S. (Sperre über Emil Müller, Kanonierringstrasse), Coswig (Differenzen), Wettin (Sperre über Zechs Johanneshall, Unternehmer Röber), Schwanebeck, Bitterfeld, Hornhausen, Sachsa, Aschersleben (Streiks), Osterwick (teilweise Aussperrung), Nebra (Sperre über Knabe in Rossele);

##### Rheinland:

Düsseldorf (Sperre über das Röhren- und Blechwalzwerk Lirenfeld und über den Unternehmer Aalton), Helligenwald b. Trier (Sperre über P. Broschart), Aachen (Aussperrung, angekündigt);

##### Westfalen:

Bünde (Streik);

**Hessen:**

Oppenheim (Sperrre über A. Gesinn und Florian Krämer), Rinteln, Lorsch (Streiks);

**Baden-Pfalz:**

Friesenheim b. Lahr, Neustadt a. d. Haardt (Streiks), Rheinau (Sperrre über die chemische Fabrik Kunheim & Co.), Frankenthal (Sperrre über Scharf, Roxheim (verschiedene Sperrren);

**Bayern:**

Bad Tölz (Streik), Laufen a. d. Salzach (Sperrre über Schönherz), Culmbach (Sperrre über Hattig);

**Württemberg:**

Stuttgart (Aussperrung angedroht), Reutlingen (Aussperrung).

**Fliesenleger:**

Bochum (Streik), München (Differenzen).

**Schweiz:**

Arbon (Streik).

**Oesterreich:**

Teplitz, Hallin, Weisswasser, Laa (Streiks).

**Ungarn:**

Budapest (Aussperrung).

**Unternehmer-Terrorismus.**

Das Geschrei über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften will und will nicht verstummen. Es kann einen zwar nicht wundern, wenn die Unternehmer und ihre publizistischen Angestellten in den unterschiedlichsten Preßkontoren darüber judizieren, etwas anderes aber ist es, wenn das von Leuten geschieht, die Anspruch auf Objektivität erheben; auf eine Objektivität, die ihnen auch in manchen Dingen zugebilligt werden muß. Selbst solche Leute — wir brauchen da nicht erst Namen zu nennen — glauben keine Gelegenheit ungern vorübergehen lassen zu dürfen, um über den „Terrorismus“ der Gewerkschaften zu klagen. Wollen diese Leute die über den Dingen schwebende Ewigkeit verlösern, nun gut. Über dann sollen sie auch nicht verschweigen, welch krasser Terrorismus von der Gegenseite, von den Unternehmern, verübt wird. Und sie sollen weiter nicht unterlassen, die Fälle, wo wirklich einmal von den organisierten Arbeitern über die Schorn gehauen wird, in ihrem richtigen urfachlichen Zusammenhang zu würdigen. Wo heute die Arbeiterschaft die Waffe des Terrors handelt, da hat sie es erst von ihren Gegnern gelernt. Mit geschäftlicher Wachsamkeit der Widerstreben, ihre wirtschaftliche Schädigung bis zur völligen Vernichtung ihrer Existenz — das ist immer die Usance der herrschenden Cliques und Klassen gewesen, bis auf den heutigen Tag. Wenn die Arbeiterschaft heute hier und da gegen die Gesetze der Moral und Ewigkeit verstößt, so haben die herrschenden Klassen diese Gesetze fortwährend mit Füßen getreten. Ihre ganze Herrschaft haben sie nur durch die gewaltsame Unterdrückung der armen Volkschichten aufrecht erhalten.

Geraude wiederlich durch die darin liegende Heuchelei nimmt sich das Schelten der „Staatsbehaltenden“ über unseren angeblichen Terrorismus aus, wenn man, dem entgegenhält, wie heute von den öffentlichen Gewalten schlimmster Terrorismus in des Wortes wahrsten Bedeutung getrieben wird. Ist z. B. die ganze preußische Polenpolitik etwas anderes, als Terrorismus? Vergewaltigt man da nicht ein ganzes Volk! Oder der vor auf die Staatsbeamten und Arbeiter ausgeübte Zwang, bei Strafe ihrer Entlassung auf das Recht der beruflichen Organisation zu verzichten, ist das kein Terrorismus? Dafür schüttet man das Staatsinteresse als das höchstherrschende in Wirklichkeit ist es aber nur das Interesse der herrschenden Klassen. Und deren Interesse können wir niemals ein Vorrecht gegenüber den Lebensorthern der Masse des werktätigen Volkes zubilligen.

Gewiß gibt es Fälle, wo sich das Recht des freien Handelns des einzelnen Individuums Einschränkungen gefallen lassen muß, und hier kann man nicht von Vergewaltigung, nicht von Terrorismus reden. Sie liegen sozusagen auf neutralem Boden, z. B. auf den Gebieten des Erziehungswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege, der Landesverteidigung usw. Das hat aber alles nichts mit jenem terroristischen Zwange gemein, der heute von allen Organisationen der herrschenden Klassen ausgeübt wird und der sich richtet gegen jede Vertreibung des arbeitenden Volkes, seine soziale und politische Stellung besser und selbständiger zu erhalten.

Wir resumieren: Wer über den Terrorismus der Arbeiter reden will, der sehe sich erst einmal in der Welt um und prüfe, mit welchen Waffen man uns bekämpft. Auf jeden Fall von Arbeitern „Terrorismus“ kommt die doppelte, die dreifache Zahl von Fällen des Unternehmer-Terrorismus. Und sollen wir noch hinweisen auf die grundverschiedene Beurteilung, die die Handlungen der Arbeiter und Unternehmer in der Rechtsprechung finden. Für oft nur formelle Verstöße der Arbeiter hat man sofort drakonische Strafbestimmungen zur Hand, bei offensiven Vergewaltigungen, von den Unternehmern begangen, findet sich kein anklagender Staatsanwalt und kein verurteilendes Gericht.

Hier sind einige Fälle, die, wenn sie von Arbeitern herrißten, sehr wahrscheinlich gerichtliche Nachspiele zur Folge haben würden. Aber sie röhren von Unternehmern her und da zweifeln wir, daß man in ihnen Verstöße gegen die Paragraphen finden wird, die Arbeiter immer so verhängnisvoll werden. Der, eine hat seinen Ursprung in Städte, wo zur Zeit unsere Kollegen im Streit stehen.

Einige Streitende sind nun bei einem Unternehmer in Arbeit getreten, der die gestellten Forderungen bewilligt hat. An diese verstande der Arbeitgeberverband von Städte folgendes Schreiben:

Herr Maurer Geselle A. A.

Laut Bericht wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß, wenn Sie weiter selbständig oder in Regie arbeiten, Sie von diesen, dem Arbeitgeberverband angehörigen Meistern nicht wieder in Arbeit genommen werden.

**Hochachtungsvoll**

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, eingetragener Verein zu Städte.

Der zweite Fall spielt in Kellinghusen i. S. Auch dort stehen unsere Kollegen im Streit und auch dort haben einige bei anderen Unternehmern in anderen Orten Arbeit gefunden. An diese Unternehmer sandte die Innung zu Kellinghusen folgenden Drohsbrief:

Herrn . . .

Nachdem Sie sich geweigert haben, die hier freitenden Gesellen aus der Arbeit zu entlassen, ist beantragt worden, Sie von der Mitgliedschaft der Innung und der Vereinigung auszuschließen. Diesem Antrage wird zweifellos Folge gegeben werden, weil Sie sich unfolgsam benennen und den beteiligten Innungsmeistern Schaden zufügen durch Beschäftigung der Leute. Der Berufs- und Mitgliedschaft kann nur durch Entlassen der Gesellen abgemedient werden.

Der Obermeister: Hermann Delfs.

Der Arbeitgeberverband für das Maler- und Anstreicher gewerbe in Duisburg hat an die Materiallieferanten folgendes Schreiben gerichtet:

Auf Grund unserer Verträge und auf Beschluss des Betriebsmeisterschaftsverbandes waren wir gezwungen, unsere organisierten Gehilfen zu entlassen. Zur erfolgreichen Durchführung dieser Sperrre ist es absolut notwendig, daß diejenigen Meister, die unserem Verbande, noch fernstehen und aus der Bewegung Nutzen zieben wollen, keine Materialien bekommen. Wir überreden Ihnen deshalb umgehend eine Liste unserer Mitglieder und bitten Sie dringend, an andere als die darin aufgeführten Meister Materialien nicht verabfolgen zu wollen; ebenso bitten wir Sie, Aufträge von Ihnen bisher unbekannten auswärtigen Leuten nicht ausführen zu wollen, ohne vorher mit uns Absprache zu nehmen.

Bei den Bestellungen von auswärts handelt es sich hauptsächlich um: die Städte Aachen, Elberfeld-Barmen, Kreisfeld, Düsseldorf, Essen, Bochum, Herne, Dortmund, Hagen, Halpe, Gelsenberg, Böbwinckel, Gladbeck, Velbert, Mettmann, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Duisburg.

Unser biefiger Oberserverband hat beschlossen, diejenigen Lieferanten, welche unseren Wünschen, die ja auch in ihrem eigenen Interesse liegen, nicht nachkommen, in Zukunft bei Vergabe ihrer Aufträge nicht zu berücksichtigen.

An Privaten dürfen unter keinen Umständen Materialien verkauft werden, die darauf schließen lassen, daß es sich um Arbeit handelt, die von streifenden (b. h. ausgesperrten) Aufstreichergruppen ausgeführt werden.

Wenn das, was in allen drei Fällen angebracht ist, keine strafbare Nötigung, keine Erpressung in färmster Art ist, so gibt es ein derartiges Verbrechen überhaupt nicht. Doch wir schreien nicht nach dem Staatsanwalt, wir wollen nur anfordern, daß das, was man bei uns Terrorismus nennt, bei den Unternehmern lustig blüht und gedehlt, ohne daß sich irgend ein Mensch darüber aufregte. Aber wenn sich die Arbeiterschaft einmal die Kampfschule ihrer Gegner zu nutze machen, dann Räuber und Mörder! Diese verlogene, heuchlerische, doppelte Moral wollten wir treffen.

Geraude lächerlich dagegen machen sich sogenannte „staatschaltende“ Elemente, besonders der Reichslagerverband, sehr oft mit der Entdeckung sozialdemokratischen „Terrorismus“. Zuletzt veröffentlicht das Organ des genannten Verbandes folgende Mitteilung aus Zwida:

Laut Bericht des biefigen Gewerkschaftsrates sollen in Zukunft die Namen derjenigen Gewerkschaften im Sachsenischen Volksblatt veröffentlicht werden, deren Delegierte die Karteilungen, nich pünktlich und regelmäßig beobachten. Und dann wollen es die Genossen immer wieder nicht gewesen sein, wenn man ihnen Terrorismus zu Worms macht!

Also sogar eine ganz selbstverständliche b. i. s. p. i. n. i. c. h. e. Maßnahme ist „Terrorismus“! Befremdlich handelt es sich hierbei um eine Praxis, die in allen Gewerkschaftsrates und Organisationen, deren Versammlungen sich aus Delegierten zusammensetzen, gelöst wird. Auch in Bürgerlichen Kreisen, auf Kongressen, Städtagen usw. werden Präsenzlisten geführt und veröffentlicht. Die Maßnahme ist lediglich darauf gerichtet, die Delegierten zur Erfüllung freiwillig übernommener Pflicht anzuhalten. Aber wenn Arbeitersorganisationen das tun, treiben sie nach dem Organ des Reichslagerverbandes „Terrorismus“. Ist nun der effektive Blödsinn oder die heuchlerische Erbärmlichkeit die in diesem Vorwurf steht, größter

Gau Berlin. In Wengrowitz hatten die Kollegen ihnen bis zum 1. April gültigen Tarif ordnungsgemäß gefündigt. Die drei Monate lang geführten Verhandlungen hatten keinen Erfolg, da der neu gegründete Arbeitgeberverband für die Provinz Polen seine Finger mit im Spiel hatte. Am 2. Osteritag (1. April), Abends 8 Uhr, belämmerte die Wengrowitzer Kollegen die Sitzungen dieses Verbandes zu spüren; durch Polen wurde allen Polen und Postenagenten förmlich mitgeteilt, daß sie am Dienstag keine Gesellen arbeiten lassen sollten; die Arbeit sollte so lange ruhen, bis die Männer sich dem Willen der Unternehmer gefügt und einen Unternehmern gegebenen Vertrag anerkannt hätten. Dies bedeutete die Aussperrung. Die Kollegen drehten aber den Spieß um und waren anerkannter Weise Tag und Nacht auf dem Posten. Am 10. d. M. sahen die Unternehmer die Holligkeit ihres Beginnens ein und beriefen den Vertrauensmann Schulz aus Polen selbst zu Unterhandlungen, die bis dahin auf Radts hinein dauerten und am 11. April mit dem Abschluß eines Vertrages endeten.

In Schwetzingen — 11 km von Rosen entfernt — wurden bisher im Gegensatz zu Polen erstaunlich niedrige Löhne gezahlt. Erst im vorigen Jahre konnten sich die Unternehmer dazu verstellen, den Lohn auf 35 Pf. zu erhöhen; sie mußten es tun, wenn sie überhaupt Leute haben wollten. Der Aufstand der Polener Auslagerung habe aber den Schwetzingen Kollegen die Augen geöffnet, und die sonst vergebens aufgewandte Mühe hatte, nunmehr Erfolg; die Kollegen organisierten sich. In diesen Frühjahr reichten die Kollegen durch den Zweigverein Polen an den Arbeitgeberverband für Polen Forderungen ein. Sie verlangten, daß der für Polen geltende Tarif auf Schwetzingen wegen der kurzen Entfernung mit ausgedehnt werde. Der Arbeitgeberverband lehnte die Einleitung von Verhandlungen ab, trocken die „Schwetzingen Unternehmer“ Mitglieder des Verbandes sind. Darauf richteten die Kollegen ihre Forderung direkt an die Unternehmer, aber ohne Erfolg. Ein weiteres Schreiben blieb ebenfalls ohne Beantwortung. Die Unternehmer haben sich an die Unterhälfte ihrer Arbeiter so gewöhnt, daß sie diese nur noch als Helden betrachten, die nur dazu da sind, ihnen noch weitere Arbeitnehmer zu erarbeiten. Sonnabend, den 4. d. M., zeigten diese Herren ihr wahres Gesicht und den Arbeitern wurde es offenbar, daß ihre Unternehmer die schwärmenden Ausbeuter sind. Die Kollegen, die bisher über Land arbeiteten und jetzt wieder in der Stadt beschäftigt wurden, erhielten am Sonnabend nur 32 Pf. statt 35 Pf. pro Stunde ausgeschüttet. Dieses provokatorische Vorgehen stieß aber den Tarif den Boden aus, und die sonst so treuen Unternehmern überließen es den Unternehmern, ihre Arbeiter selbst zu machen.

In Berlin hat sich das Einigungsamt des Gewerbegebietes nochmals mit den Differenzen im Baugewerbe beschäftigt. Es hat am 17. April folgenden Schiedsspruch gefällt:

Mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage im Baugewerbe empfiehlt das Einigungsamt den Parteien, einen Tarif auf die Dauer von drei Jahren abzuschließen, den gegenwärtigen Stundenlohn im ersten Jahre der Tarifdauer um 3 Pf. im zweiten Jahr wieder um 2 Pf. und im dritten Jahre nochmal um 2 Pf. zu erhöhen, die gegenwärtig bestehende neunstündige Arbeitszeit aber für die Dauer des Vertrages beizubehalten. Den Parteien wird eine Frist bis zum 24. April gegeben, innerhalb deren sie sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs zu erklären haben. Erstglied ist zum 24. April seine Erklärung, so gilt der Schiedsspruch als abgelehnt.“

Gau Bremen. In Leer sind am 17. April die Bauarbeiter in den Streit getreten; selbstverständlich wurde ein Teil unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. Den Bauarbeitern, die 36 Pf. pro Stunde fordern, ist von den Unternehmern mitgeteilt worden, daß für einen „normalen“ Bauarbeiter 35 Pf. pro Stunde gezahlt werden müssen. Sollte dieses aber Donnerstag, den 18. April, nicht angenommen und am Freitag Morgen auf allen Bauten die Arbeit wieder aufgenommen werden sein, sollen überhaupt nichts bewilligt werden. Die Bauarbeiter sind oder aus freiem Leim nicht gegangen, sondern streiken vorläufig weiter. Es ist soviel Arbeit vorhanden wie nie zuvor.

Die Unternehmer in Brinkum wollen sich nunmehr, nachdem unsere Kollegen immer noch nicht zur Arbeit zurückgekehrt sind, Italiener kommen lassen. Bäraden werden schon in Kürze wieder gebaut. Unsere Kollegen sind bis auf wenige untergebracht.

In Osterholz-Scharmbeck haben unsere Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 Pf. erhalten, der Stundenlohn beträgt jetzt 50 Pf.

In Ganderkesee, zum Zweigverein Delmenhorst gehörig, fordern unsere Kollegen Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 52 Pf.

Gau Erfurt. In Saalfeld sind die Kollegen am 22. April in den Streit eingetreten. In dem Bericht, den uns der Schriftführer des Zweigvereins darüber sendet, wird wohl die Vermutung ausgesprochen, daß die noch von der Reichslagswahl siegreichsten Unternehmer nun auch die Gewerkschaften niederkreuzen wollen, aber über die Forderungen ist uns leider keine Mitteilung gemacht. Wir wollen in aller Bescheidenheit bemerken, daß das eigentlich auch zur Berichterstattung über eine Lohnbewegung gehört. Die Kollegen sind in Einmütigkeit bereit, den Kampf bis zum Siege durchzuführen.

In Weiningen läuft die Kündigung am 27. April ab; desgleichen in Schmölln und Blankenburg. Ich, so daß in diesen drei Orten die Kollegen am Montag, den 29. April, im Kampf stehen — wenn nicht die Unternehmer bis dahin ihnen ablehnenden Standpunkt aufgezeigt. Auch in Jena und Erfurt stehen die Kollegen in der Vorbereitung. Die reisenden Kollegen werden deshalb erlaubt den Zugang nach den genannten Orten freizuhalten.

Gau Frankfurt a. M. Nach langem Streiten haben endlich die Unternehmer in Bad Orb die zehnstündige Arbeitzeit anerkannt. Bereits im vorigen Herbst wurde zum ersten Mal unterhandelt; damals sagten es, als sei noch ein ernstes Kampf dieser sozialen Fortschritt in Bad Orb nicht erreichbar. Es ist wider Erwarten anders gekommen. Die bessere Einigkeit hat bei den Unternehmern gezeigt. Jedermann mußte sich selber überzeugen, daß das bisher in Ohr hergeholtene Lohnsystem unhalbar geworden war. Es erhielten nämlich einige auswärtige Parteien, zehn bis zwölf Kollegen, pro Stunde 50 Pf., und die in Orb wohnhaften Kollegen erhielten etwas mehr als die Hälfte: 82—85 Pf. Die am Orte wohnhaften mußten auf Kosten

der auswärtigen Kollegen mit einem sehr schlechten Lohn zu frieden sein. Darauf bestand längst gerechte Empörung bei den Oberen Kollegen. Sowohl die Organisation die Sache in die Hand nahm, waren die Kollegen gern bereit, gründlich mit dem System aufzuräumen. Auch die Unternehmer sahen die Unmöglichkeit ein, das bisherige System zu erhalten; deshalb die friedliche Einigung. Es fehlte hier auch nicht an Leuten, die im leichten Aufgabentheil die Kraft der Einigkeit zu erfüllen versuchten. Die braven "Christen" mit ihrer unüberstülpften Menschen und Brüderlichkeit wollten die Kollegen teilen. Die Kollegen in Oberhessen hatten aber eine bessere Einsicht von der Sache. In Hessen, richtiger Eckenstein, daß die Stärke in der Einigkeit der Kollegen liegt, sahnen sie die "christlichen" Verplätter nach Hause. Der Erfolg konnte auch nur ohne die "christlichen" erzielt werden. Neuen Arbeitszeitverkürzung wurden die Löhne auf 40 und 42 Stunden normiert.

Auch in Oberhessen gärt es wieder in diesem Jahre. Iwar ist noch nicht der ganze Beifall zwischen Fulda und Gießen davon erschaut, aber es dürfte bald dazu kommen; denn an Arbeit fehlt es in diesem Fodje nicht. Überhessen mit seinen Vogelsbergen gehört mit zu den rückständigsten Bezirken des Frankfurter Gaues. Löhne von M. 2.30 bis M. 3 pro Tag werden selten überstiegen, natürlich bei elbständiger Arbeitszeit, die im Sommer oftmals noch länger ausgedehnt wird. Dazu kommen in der Regel sehr weite Wege für die Kollegen. Wenn es der Organisation gelingt, in diesem Jahre die Zustände einzumachen zu bestätigen, hat sie sich damit ein großes Verdienst erworben. Die ersten auf dem Kampfplatz waren die Kollegen des Thüringens. Am 21. April haben sie bei zwei Unternehmern die Arbeit eingestellt. Zwei andere Unternehmer dagegen bewilligten 50 bis 60 Stundenberhöhung und verlängerten ebenfalls die Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Ferner sind sie bereit, jeden weiteren durch den Kampf erzielten Fortschritt auch für sich anzuerkennen und in ihren Betrieben einzuführen.

Die Kollegen in Coblenz und Umgebung sind ebenfalls wieder in einer Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 7-8 Stundenberhöhung, so daß dadurch ein Lohn von 48 Stunden erreicht würde. Gewiß für die Coblenzer Verhältnisse nicht zu viel. Der Erfolg der Kollegen wird auch hier von ihrer Einigkeit abhängen. Leider hofft es von jeder in diesem Punkte, und die geradezu rückständigen Lohnberhältnisse finden in erster Linie ihre Ursachen in der Uneinigkeit und dem mangelnden Vertrauen der Kollegen zueinander.

Die Kölner Unternehmer haben 40 Stundenlohn bewilligt und sind anfcheinend ebenfalls bereit, die zehnständige Arbeitszeit einzuführen. Offenbar zeigen nun die Kollegen dort die richtige Stärke und Energie, um den Nutzen des vorigen Kampfes einzustreichen. Auch die Unternehmer in Köln brauchen in geschäftiger Beziehung Ruhe im Gewerbe; darum ihre Zugeständnisse.

Gau Hamburg. Der Streit in Segeberg steht äußerst günstig. Von den Streitenden sind bereits die Hälfte abgestoßen oder anderweitig untergebracht. Die Unternehmer haben sich, wie alle Unternehmer, das Recht nicht nehmen lassen, von den schwarzen Lizenzen Gebrauch zu machen. Die streitenden Kollegen gönnen ihnen das Vergnügen von Herzen. Die Unternehmer werden doch bald einsehen, daß es ihnen nichts genutzt hat. Sie werden auch bald zur Einsicht kommen, daß unsere Kollegen doch den Sieg davontragend werden. Das schönste bei der ganzen Sache ist, daß sie den Bauarbeitern ihre Forderung mit allen Nebenbedingungen glatt bewilligten, aber den Maurern rüdweg alles ablehnen.

Zur Lohnbewegung der Betonarbeiter in Hamburg wird berichtet: Der Betonverein hatte unsere Lohnkommission zum 22. April zu einer Verhandlung eingeladen. Nach kurzer Ausprache erklärten sich die Herren bereit, die Löhne für Einschalter (70 %) sofort zu bewilligen. Für Öffnungsarbeiter (Förderung 60 % pro Stunde) soll bis zum 15. August 55 % und von da an 60 % pro Stunde gezahlt werden. Der Tarif soll nicht auf zwei Jahre, sondern nur auf ein Jahr, bis zum 31. März 1908, gelten haben. Das Zwischenzeitlichsthem wird abgeschafft. Eine Versammlung der Betonarbeiter soll am 23. d. Mts. über dieses Angebot entscheiden.

Gau Hannover. Die Kollegen der Bahnhofsecke redeten den in Vertrag kommenden Unternehmern im Winter einen Lohnkampf ein, in dem eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 % auf 40 % und einige andere der Menschlichkeit entsprechende Forderungen gestellt waren. Die Unternehmer hatten unsere Kollegen selbst angehalten, eine etwaige Lohnförderung früh genug einzureichen; man wäre nicht abgeneigt, auf Grund der hohen Lebensmittelpreise usw. eine Lohnberhöhung einzutreten zu lassen. Ein Maurermeister in Beckede, der nur allein von den übrigen Unternehmern im Kreisgebietsverbande von Braunschweig organisiert war, hat sich nun jedenfalls um Rat an die Leitung gewandt, und man wird ihm gesagt haben, er solle nur alle Unternehmer des Bezirks zusammenrufen, damit sie organisiert werden könnten, da man brauche er auch keinen höheren Lohn zu zahlen. Das ging aus einem Bericht in den bürgerlichen Zeitungen her vor: die Unternehmer könnten wegen Geldbedarf ihrer Gewerbeschäden keinen derartigen Lohntag zahlen. Die Gelehrten hätten nicht nötig, sich in die Arme der Gewerbeschäden zu werfen; ihre herzlichen Forderungen würden ohne Zugeständnisse zu den Gewerbeschäden wohlwollend aufgenommen. Der Vorstand des Arbeitsgebietsverbandes erreichte dann auch durch sein Gelehrliches, daß sämtliche Unternehmer sich ihrem Verbande anschlossen. Als man nun von seiten des neuen Arbeitgeberverbandes Beckede Verhandlungsarbeit machen wollte, verlangten unsere Kollegen endgültige Regelung bis zum 1. April. Diese ist dann auch eingetreten, indem eine Einigung dahingehend erzielt wurde, daß ab 1. April 35 % für die Stunde gezahlt werden. Es ging hier nun doch nicht anders.

Die Vorstände der Kollegen hatten ebenfalls eine Lohnforderung gestellt, und zwar 35 % statt 32 %. Auch hier glaubte man, unsere junge Organisation besitze schwere zu können; es ist aber den Unternehmern nicht gelungen. Als man auch hier Verhandlungsarbeit treiben wollte, reisten einige jüngere Kollegen trotz der vielen Arbeit ab; das half zur Folge, daß man nun 35 % Stundenlohn bewilligte. Leider gibt es auch hier noch einige Kollegen, die vom

Kriegerverein mehr erhoffen, als vom Verband; deshalb halten wir es nicht für nötig, sich den übrigen Kollegen anzuhüpfen. Nun, wenn haben diese Kollegen die Lohnberhöhung zu verdauen?

Den Kriegerverein doch nicht; denn da sind die Unternehmer anwesend, und die wollen sie schön heimleuchten, wenn sie in einer Kriegervereinsversammlung eine Lohnförderung fordern.

Hoffentlich kommen auch diese Kollegen noch zur Einsicht, wo ihre wirtschaftlichen Interessen am besten gefordert werden.

In Hessen in beiden unteren Städten 47 & Stundenlohn.

Da bei den Verhandlungen nichts zu erzielen war, so wurden drei Geschäfte geplatzt. Infolgedessen haben nur die Unternehmer sämtliche Kollegen aufgeworfen.

In Helmstedt, die Kollegen am 17. April in den Streit eingetreten. Sie fordern 45 & Stundenlohn. Als "Arbeitswillige" sind 16 Schichten und 11 Polizei stehen geblieben, während am Streit 125 Schichten und 6 Polizei beteiligt sind. Die bisher gepflogenen Verhandlungen haben noch kein zufriedenstellendes Ergebnis gehabt.

In Sachsenhausen, wo der Kriegerverein jetzt einschläft im Streit. Am 16. April wurde zunächst am Werktag vertragt.

Am 17. April wurde die Arbeit haben sie jedoch bisher nicht fertig gemacht.

In Herzberg und Lauterberg dauert der Kampf unverändert fort.

In Sachsenhausen, wo der Stundenlohn bis jetzt 33 % betrug, hatten unsere Kollegen eine Förderung auf 40 % gestellt. Die Unternehmer haben am 1. April den Lohn auf 35 % erhöht, mehr wollen sie aber nicht gewähren, wohingegen unsere Kollegen wenig Reaktion haben, sich hiermit abspeisen zu lassen.

Auch in Stadtoldendorf, wo im vorigen Jahre erst ein langwieriger Kampf stattgefunden hat, war von neuem eine Förderung auf 38 % erhöht. Die Unternehmer haben 35 % bewilligt.

Gau Berlin. Die Kollegen in Halle a. d. S. haben am 19. April in einer stark beladenen Verhandlung Stellung zur Lohnfrage genommen. Nach einem Referat des Kollegen Dr. Deeg wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Die Stundenlohn soll 40 % betragen. Jungarbeiter im ersten Gehaltsjahr erhalten 50 % pro Stunde. 2. Die Arbeitszeit ist von zehn auf neun Stunden herabzudenken. 3. Befreiung der Allfördertarife. 4. Die Lohnzahlung soll freitags erfolgen. 5. Die Waschreiniger und Spaten haben die Arbeitgeber zu liefern.

Sie würden den Unternehmern einzeln zuschreiten mit der Mahnung, sich bis zum 24. April darüber zu äußern. Es ist damit zu rechnen, daß sie die Forderungen ablehnen werden. Man meide also Halle schon jetzt.

Um den hohen und noch steigenden Lebensmittelpreisen gerecht zu werden, haben die Kollegen in den zum Kreisverein Halle a. d. S. gehörigen Orten Niedelde, Döbau, Lettin, Reideburg, Canena und Umgegend, Landsberg und Oppeln Lohnförderungen gestellt. Die Lohnbewegungen sind alle auf friedliche Weise zum Vorteil der Kollegen beeinßigt. In den Lohnbezirken Döbau, Lettin und Niedelde wurde der Lohn von 45 auf 50 % erhöht. Jungarbeiter erhalten im ersten Gehaltsjahr 45 % pro Stunde. Pugardarbeiten, gleichviel welcher Art, werden 5 % pro Stunde mehr gezahlt. Die Waschreiniger und Spaten liefern die Unternehmer. In Reideburg, Canena und Umgegend wurde der Lohn von 38 auf 45 % pro Stunde erhöht. In Landsberg und Döbau ist ein Vertrag mit den Unternehmern auf zwei Jahre abgeschlossen. Der Lohn wird sofort, bis zum 31. März 1908, von 37 auf 40 % und vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909 auf 42 % erhöht. Der Vertrag läuft stiftsweise auf ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vorher gefindigt wird. Die Errungenschaften waren nur durch die rege Aktion der Verbandsleitung möglich, die in den Wintermonaten betrieben wurde. Auch die Kollegen hatten es erkannt, daß es unmöglich war, für die bisherigen niedrigen Löhne zu arbeiten.

Die Sparte über die Beche Johanneshöll hat seit einigen Tagen nicht weiter befahren. Es werden die größten Anstrengungen gemacht, um Arbeitsschlüsse zu erhalten, aber bis jetzt vergebens. Nur drei bisher organisierte Maurer haben die Arbeit wieder angenommen, und zwar: Friedrich Rindel aus Lettin, Aug. Nagel aus Saalitz, Willy Haase aus Börnicke und ein Industriearbeiter, Otto Gauer aus Börnicke. Die Ausständigen sind alle anderweitig in Arbeit.

Zur Ausperrung in Altenburg ist durch Vergleich beendet. Am 16. April wurde die Arbeit im vollen Ausmaß wieder aufgenommen. Maßregelungen durften nicht aufzuhören. Der Lohn beträgt bis zum 1. April 1908 48 %, bis zum 1. Juli 1908 49 % und bis zum 1. April 1909 50 %. Die Werkstunden werden mit 10 %, die Nacht- und Sonntagsarbeit mit 20 % Lohnzuschlag bezahlt; sie dienen aber nur in dringenden Fällen genutzt werden.

In Bitterfeld schließen die Unternehmer die Förderung unserer Kollegen auf 45 % Stundenlohn ab und erfassen sich nur bereit, 2 % Aufzulag zu den bisher gezahlten Löhnen zu ziehen. Infolgedessen traten die Kollegen am 20. April in den Streit ein. Die Arbeitsniederlegung erfolgte einmütig. Es sind 293 Kollegen daran beteiligt. Drei Unternehmer haben die Förderung dann bewilligt. Hoffentlich kommen die anderen auch bald zur Einsicht.

In Schleiz haben die Kollegen den Unternehmern die Förderung auf 35 % Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit verordnet. Eine Antwort der Unternehmer lag bisher noch nicht vor.

In Langenwetzendorf fordern die Kollegen die zehnständige Arbeitszeit und 35 % Stundenlohn. Ein Unternehmer hat die Förderung bewilligt, bei den beiden anderen sind die Kollegen am 22. April in den Streit eingetreten.

Gau Oldenburg. Der Streit in Oldenburg ist infolge voller Befreiung der Forderungen beendet.

Gau Magdeburg. In Hornhausen (Zweigverein Oschersleben) haben die Kollegen am 15. April die Arbeit eingestellt, um den schon Anfang März geforderten Stundenlohn von 40 % zu erzielen. Es kommen 20 Kollegen in Betracht, 10 sind abgereist, 2 sind anderweitig untergebracht und einer ist zum Kreisbäcker geworden. Die Unternehmer haben bisher noch keine Zugeständnisse gemacht. Am 16. d. M. ist dem Zweigvereinsvorstand folgendes Schreiben zugegangen:

Die organisierten Maurer in Hornhausen haben seit Montag, den 15. d. M., die Arbeit eingestellt, ohne mit Grund und Ursache anzugeben. Ich fordere Sie daher

im Namen meiner Kollegen auf, Ihre Hornhäuser Kollegen zu veranlassen, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen und mir bis Donnerstag Nachmittag zu geben.

H. Waldt.

Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für Oschersleben und Hornhausen.

Zur Steuer der Arbeit sei folgendes bemerkt: Am 9. April haben die Hornhäuser Maurer, bei den Unternehmern noch einmal lärmisch angefragt, ob sie den schon Anfang März geforderten Stundenlohn von 40 % annehmen würden. Sie haben eine Antwort nicht erhalten, sondern sind an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes vertrieben worden. Darauf haben die Kollegen am 15. April die Arbeit eingestellt, woselbst die Unternehmer nun bewilligen, so ist es jetzt auch noch Zeit.

In Oschersleben stehen die Kollegen jetzt einmütig im Streit. Am 16. April wurde zunächst am Werktag vertragt. Bei einer Unterredung am selben Tage vertraten die Arbeitnehmer, im "Arbeitgeberverband" dafür zu wirken, daß Verhandlungen soon an anderen Tage stattfinden. Nachdrücklich verneinten dann seine schwarzmetzlerischen Alliierten die Oberhand gewonnen zu haben, indem er seine Kollegen veranlaßte, ihm durch Nebeneinrichung von Männern zu helfen. Die Unternehmer, von Wahn- und Lebensfeind, verabschieden dann auch unsere Kollegen zum Streikbruch zu bewegen. Als Antwort darauf beschlossen dann die Kollegen, die Arbeit allgemein einzustellen. Bis auf zehn Männer verlieren dann auch alle Kollegen am Donnerstag früh die Arbeitsplätze. Das hatten die Unternehmer nicht für möglich gehalten. Da die wenigen Erhaltenden sehr minderwertig sind, wurden auch sie am Sonnabend nach Hause geschickt. Einige dieser Erhaltenden stellen sich dann sofort beim Streikkomitee ein, um sich ein Verbandsbuch ausstellen zu lassen. In welcher liebhabernden Weise ihnen dieser "uneigentümige" Wunsch erfüllt wurde, bedarf wohl keiner Erklärung. Im Streit liegen nach Abzug der abgerückten und anderweitig untergebrachten 26 Kollegen.

Bernburg. Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter wollen hier gemeinschaftlich in einer Bewegung eintreten. Unsere Kollegen fordern 5 % Lohnberhöhung. Bis zum 27. April soll die Antwort der Unternehmer zurück sein.

In Gardelegen ist eine Vereinbarung auf der Grundlage von 38 % Stundenlohn zu stande gekommen. Für Kessel- und Wascharbeiter sollen 40 % bezahlt werden.

In Hornhausen ruht die Arbeit vollständig. Die Unternehmer von Oschersleben wollen nun ihren bedrangten Kollegen beispielhaft folgen. Dienstag Abend sollen auch die Hornhäuser Maurer bis dahin nicht zu Kreuze getreten sind. Osterwiel. Weil sich die Kollegen erlaubten, die Unternehmer an das vorjährige Versprechen, in diesem Jahre 38 % Stundenlohn zu zahlen, zu erinnern, sprechen die Unternehmer Wahr- und Wilhelmus' aus. Wilhelmus hat sich auch des Staatsanwaltschaft in empfehlende Erinnerung gebracht, indem er den Qualitätsarten ein Rainschaden aufgedrückt hat. Die Unternehmer Böckling und Hammelde zahlen 35 %.

In Schwanebeck ist eine Änderung im Laufe der Woche nicht eingetreten.

In Thale. Die Sparte über das Geschäft von Schädel & Hübler (Hüttenwerk) mußte aufgehoben werden. Unsere Hauer zu Chino haben sich wieder mal in voller Glorie gezeigt. Die dem christlichen Verband angehörenden Maurer Hieronimus Wierwagen, Joseph Seidler, August Schabolski, Paul Wieke, Johann Grahn, Otto Raumburg und Hieronimus Schröder liegen sich am 4. April 4.780 Ringelgroschen aus unserer Verbandskasse zu zahlen und reißen dann mit dem Versprechen in ihrer Heimat (Jordau, im Kreis Jülich-Schwedt), jetzt früher nach Thale zurückzufahren; bis sie vom Streikkomitee gerufen werden. Die öffentliche Verwaltungsstelle in Jordau verweigerte jedoch die Auszahlung der Streikunterstützung, und so lehrten dann diese Helden, mit Ausnahme von Wieke und Raumburg, aber in Begleitung einer weiteren in Thale noch nicht bekannten Anzahl "Christen", zu den Heimatdörfern der Arbeiter Schädel & Hübler zurück. August Seidler, bisher unserem Verbande zugehörig, kommt dem Liebeswesen der Christen nicht widerstehen: er ging hin und ist desgleichen.

Gau München. Die Bewegung zur Verbesserung der Lebenshaltung unserer Kollegen ist bereits in vollem Gang. Tarife sind bereits abgeschlossen in Heldesdorf: Stundenlohn 42 %, Lohnberhöhung 4 % pro Stunde; Esmau in Oberv. und Unterkörting: Stundenlohn 50 %, Lohnberhöhung 6 %; Wolfsbrathausen: Stundenlohn 42 %, Lohnberhöhung 4 %; Erding: Stundenlohn 38 %, Lohnberhöhung 4 %; Auflösung: Stundenlohn 38 %, Lohnberhöhung 4 %. In letzterem Ort beträgt der Stundenlohn bisher 30 bis 37 %. Gest. ist ein Mindestlohn von 38 erreicht. Die Altforsttarife ist ausgeschlossen. In allen den genannten Orten wurden außer den bezeichneten Lohnberhöhung auch andere Vorteile, wie Verbesserung der Arbeitsordnung, Aufschläge für Spezialarbeiten, Überzulinden, Nach- und Sonntagsarbeiten erreicht.

In Lauterbach a. d. S. besteht die Sparte über das Bauhofschädel Oschersleben unverändert weiter. Unseren haben sich einige Maurermeister gefunden, aber Schädel kann seine Arbeit mit diesen Elementen nicht fertig bekommen.

In Bad Elster stehen unsere Kollegen im Streit. Am 7. April reichten sie einen Tarifentwurf ein. Die Antwort der Unternehmer bestand darin, daß sie einen Entwurf vorlegen, der gegenüber den bisherigen Verhältnissen keine Verbesserungen, wohl aber eine Anzahl Verbleibsterungen enthielt. Da irgendwelche lebhaften Arbeitshilfen nicht gegenstanden, so blieb denn nichts weiter übrig, als zum äußersten Mittel zu greifen. Wenn die Kollegen ihr Wort halten, und anderseits der Zugang streng gesperrt wird, so muß der Sieg unter i.

In einer Reihe anderer Orte ist die Förderung bereits eingeteilt, oder es wird in den nächsten Tagen getrieben. Zu bemerken ist noch, daß sich die Unternehmer seit dem vorigen Jahre, durch die Erfolge unserer Bewegung aufgeschreckt, fast in allen Orten zusammengefaßt haben. Dies kann aber für unsere Bewegung ein Hindernis sein, wenn die Kollegen daraus lernen, mit verdoppeltem Eifer zu agitieren und den Ausbau unserer Organisation sowohl nach innen wie nach außen nach Kräften zu fordern suchen.





mit den Christlichen dort ausüben möglich sind. Anderseits müsse aber auch gelöst werden, daß ein Teil des Stuhls unserer eigenen Führung zugutreden". Kollege Schwarz, indem er kurz erklärt, daß dies eine schon oft verwendete Fabel sei, man möge sie endlich mal befreit lassen. Kollege Wöbelburg beweist hierzu, daß gar keine Beantlastung vorliege, sich noch mit dieser Sache zu beschäftigen. Der Vorwurf trifft in erster Linie die Königsberger Kollegen selbst. Ueber die Tägigkeit des Gauvorstandes herrsche, nur eine Meinung. Trotz des chronischen Lofalmangels sei der Fortschritt hier im Osten über Empirien gross. Es käme jetzt vor allem darauf an, den erobernden Verstand auch während der herannahenden Krisis zu behaupten und, wenn möglich, noch weiter auszudehnen. Gleichzeitig beantragte er, den Gau nicht mehr "Osten", sondern "Danzig" zu taufen. Der Name "Osten" sei gewählt worden, weil bei der Gründung des Gaues die Königsberger Kollegen gegen Danzig voreingenommen waren, indem man behauptete, in Danzig seien die Fenster noch mit Brettern zugeschlagen. Dieses Verhältnis habe sich jetzt jedoch sehr zu Gunsten Danzigs verschoben, daher sei es gerechtfertigt, wenn man die Vernunft walten lasse und es ebenso wie in den anderen Gauen mache.

Ung.-Marienwerder wünscht, daß sich der Gauvorstand mehr um den Bezirk Marienwerder bemühe.

Kreis-Königsberg erklärt, daß die Königsberger Kollegen nicht so schlecht seien, wie man jetzt von ihnen denkt. Den Stamm von Kollegen, den wir dort haben, können wir uns niemand rauben. Dieser bietet uns auch die Garantie, daß die Königsberger Kollegen über kurz oder lang wieder zu unserer Organisation zurückkehren. Nochmehr sei, daß mehr Aufklärung unter den Kollegen auf dem Lande verlangt werde.

Hierauf gelangte der Antrag Wöbelburg auf Änderung des Gaunamens von "Osten" in "Danzig" zur Abstimmung; er wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Zum zweiten Punkt, "Agitation", führt Kollege Grünhagen aus, daß von circa 15000 vorhandenen Männern ungefähr 2000 christlich, 6329 jentral, 100 total organisiert wären. Das sei unglaublich die Hälfte. Das jetzt vorhandene Agitationsgebiet befände sich aber nicht mehr in den Städten, sondern auf dem ländlichen Lande und in den kleinen Städten. Hier sei die Agitation schwächer, weil uns hier die Agrarier mit ihrer ganzen Niederdrückt in Verbindung mit den Behörden, die uns nicht mehr verdecken, sondern ganz offen die Säat abstreben, entgegenstehen. Um die Agitation intensiv und systematisch bereit zu können, müsse das ganze Zweigvereinsgebiet in Bezirke, in denen Mittelpunkte einer größeren Stadt liegen müssen, eingeteilt werden. In diesen Bezirken haben dann die Kollegen aus der Stadt die Agitation auf eigene Faust und Rechnung zu betreiben. Des Weiteren rätte er an, ob eine Teilung des Gaues die Verhältnisse nicht mehr Rechnung trage. Dann mache er noch auf die Herabsetzung von Kollegen zur Agitation, zur größeren Pflege des Öffentlichen Interesses aufmerksam. Des Weiteren ergrüte er die Kollegen einmal Klarheit in bezug auf unsere Stellung zur Gegenorganisation, worüber die Meinungen vielfach geteilt seien, zu schaffen. Zum geschäftlichen Teile wies der Redner dann noch auf die häufige Nichtbeantwortung von Schreiben, zu spätes Einleiten der Abrechnungen, Nichtausführung von Anträgen irgendeiner Art, mangelhafte Aufnahme von Statistiken, schlechte Kostenfassung und auf zwielichtige "Grundstein"-Exemplare, die dann in den Wohnungen der Kästner herumliegen, hin. Es müsse danach geprüft werden, welche Lebhabende zu befehligen. Besonders die Kästner dürfen keinen Pfennig ausgeben, ohne daß eine Quittung dafür ausgefüllt werde.

In der Diskussion sprachen ferner Hesse-Bandenburg und Bieleński-Döterde für die Teilung des Gaues aus, während Wöbelburg - Graudenz- und Truchtański - Marienburg, der Meinung sind, daß die Teilung des Gaues die Agitation für den Gauvorstand nicht erleichtern würde. Die Verteilung der Kleinagitation müsse mehr als bisher bei den einzelnen Bezirken wohnenden befähigten Kollegen übertragen werden.

Zu den angeregten Fragen beweist mindestens Wöbelburg, daß eine Teilung des Gaues schon mehrfach angeregt worden sei, aber keine Ansicht auf Werthaltung habe. Die große Ausdehnung des Gaues gebe er zu. Durch eine Teilung würde der gewollte Zweck aber nicht erreicht. Der Gauvorstande könne nicht die Aufgabe haben, die Kleinagitation zu betreiben, sondern zu leiten. Die Kleinagitation müsse sich auf die Kollegen in den einzelnen Bezirken stützen. Die Einleitung der Beiträge müsse sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richten. Dazu müsse auch die Zahl der überhaupt vorhandenen Kollegen einnahmengen festgestellt werden. Das die Organisierung der ländlichen Kollegen möglich sei, das hätten die Danziger Kollegen bewiesen. Die aus der Agitation erwachenden Kosten müßten die Zweigvereine in ihren Bezirken selbst tragen.

Zu Bezug auf die Holzung zu unseren Gegenorganisationen erklärt Wöbelburg, daß wir trotz ihrer geringen Bedeutung mit der Tatsache ihres Verbleibens rechnen müßten. Es ständen sich hier zwei Weltanschauungen gegenüber. Die Christlichen hätten in gefährlicher Weise die Religion mit der wirtschaftlichen Organisation, womit sie nicht das geringste zu tun habe, verknüpft. Wir müßten sie sachlich und prinzipiell bekämpfen, was das Interesse der Arbeiterschaft es im allgemeinen aber notwendig macht, mit ihnen zusammenzugehen. Angenommen wurde ein Antrag Grünhagens, wodurch der Gauvorstand beauftragt wird, eine Einteilung und Abgrenzung der Zweigvereinsgebiete im Gau Danzig in die Wege zu leiten.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, "Lohnbewegung", gibt Kollege Schwarz einen kurzen Überblick über den Lohnvergleich zwischen uns und den einzelnen auf unser ländliches Verhalten während des Kampfes hin. Zwei Drittel unserer Zweigvereine stehen mit den Unternehmern im Vertragsschlusse.

Wöbelburg weist auf die noch gute Bauträgerlichkeit, die heranähnende Krise, die Entwicklung der Arbeiterschaftserziehung und den Territorialismus, der gegen uns verläuft, hin. Er ist der Überzeugung, daß sich unsere Organisation weiter so entwickelt, daß wir Sieger und kampftüchtig bleiben. Unter Kampfsfonds muß derart gehandelt werden, daß wir allen Anforderungen gewachsen sind. Das fordern weit mehr Redner darauf hin, daß der Kollege Schwarz in einer Heilanstalt muss und erfüllt die Kollegen, seinen Vertreter, den Kollegen Wilhelm Frisch, in jeder Weise zu unterstützen.

Kollege Frisch vertritt, so gut er kann zu arbeiten und erfuhr die Kollegen um ihre Unterstützung, da er sich hier ja erst einzubringen wünsche.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung führt Wöbelburg aus, daß vom Verbandsstage vorläufig keine Verträge abgeschlossen seien. Er hoffe jedoch, daß, wenn der Verbandsvorstand von dem ihm zustehenden Recht, solche auszuführen,

Gebräuch mache, die Kollegen für die Bezahlung derselben Sorge tragen würden. Die Zahlung der Krankenunterstützung sei erhöht von 12 auf 25 Wochen, die Neuerunterstützung an Streitende von 6 auf 9 Tage. Im Winter von 75 auf 100 auf 1. Mehr Unterstützungen einzuführen, sei vorläufig nicht möglich, da die hierfür gesetzten Summen schon ziemlich groß wären und ganz enorm würden, wenn unsere Mitgliederzahl stabil und die Kollegen die Kartenzeit hinter sich hätten. Man dürfe auch nicht vergessen, daß unsere Organisation kein Unterstützungsverein, sondern eine Kampforganisation sei. Die Alstorfarbeit zu verbieten, sei ein Streitpunkt der Gauvorstand nicht in der Lage gewesen, da hierdurch die Berplitterung, vergrößert werden wäre. Dieselbe müßte prinzipiell und mit Nachdruck bekämpft werden. Die Lebhabungsfrage sei auf diesem Verbandsstag in den Bereich der Diskussion gezogen worden und werde auf einem der nächsten Verbands- tage keinen Abschluß finden. Redner geht dann noch auf den internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart und die internationale Maurerkonferenz ein und schließt mit der Mahnung, die Diskussion des Verbandsstages, die sachlich und auf voller Höhe gewesen sei, bei unserer Versammlung als Muster zu nennen; sachlich zu diskutieren, müsse unser Stolz und eine Würde sein für die gesamte Organisation sein.

Zum fünften Punkt wurde der Antrag Danzig: Die Gauvorstand statt wie bisher aus drei aus fünf Personen zusammenzutragen angenommen. Der Antrag Danzig: Die Zahl derjenigen Kollegen, die zur Gaukonferenz einen Vertreter entsenden niedriger als auf 400 zu benennen, damit die Zahl der Delegierten größer werde, wurde einstimmig abgelehnt.

Zum Antrag Wöbelbys wurde nunmehr dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt. Gewählt wurden als erster Vorsteher Kollege Schwarz und als zweiter Kollege Grünhagen; als weitere Mitglieder des Gauvorstandes auf den Vorschlag der Danziger Delegierter die Kollegen Böh, Adam und Tedeck Danzig; als Beisitzer die Kollegen Trenkis, Niedl und Brondum, ebenfalls aus Danzig.

Unter Zustimmung der Delegierter sprach dann der Kollege Grünhagen den Wunsch aus, der jetzt in eine Heilanstalt gehende Kollege Schwarz möge bald als ein gefundener, kräftiger Mann in unsere Reihen zurückkehren. Kollege Schwarz dankte für das dem Gauvorstande erneut entgegengebrachte Vertrauen und schloß nach einem kurzen Schlubwort mit einem Hoch auf die moderne Arbeitserorganisation die Konferenz.

**Demmin.** Am 8. April tagte in unserem Vereinslokal "Zur Erholung" die regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende erinnerte zunächst daran, daß heute vor einem Jahre unsere Kollegen aufs Straßenpflaster gekämpft wurden. Die Ausprägung dieser 31 Wochen und viel zu Gunsten der Kollegen aus, obgleich wir auch mit schweren Gegnern zu tun hatten. Aber unsere Kollegen wußten sich recht bald anderweitig Stellung zu verschaffen. Der Vorsitzende erklärte nochmals, fest und treu zum Verbande zu halten, und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Centralverband. Es schien, als wenn es einem Unternehmer nicht gut bekommen ist, ohne Gesetze zu sein, denn am 31. März wurde über das Vermögen des Unternehmers Gänge das Konkursverfahren eröffnet. Gänge war stets einer unserer stärksten Gegner. Dieser Unternehmer verlor einmal sogar einen unserer Kollegen aufzureißen. Dieser verlor aber die Sache besser, und schließlich Gänge regelrecht auf Boden, womit dieser nun auch zufrieden war. Weil nun aber über sein Vermögen das Konkursverfahren eröffnet ist, sucht er auf andere Art und Weise sich durch Leben zu schlagen. Er ist bei einem neuen Unternehmer, einem früheren Verbandskollegen, in Stellung getreten. Dieser neue Unternehmer scheint jetzt den Fußstapfen des Herrn Gänge nachzutreten zu wollen, und ist deshalb aus dem Verbande ausgetreten. Mag er unerwartet machen, was er will.

**Dresden.** Sonnabend, den 13. April, tagte in der "Goldenen Krone" zu Kl. Bischöflich eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: Bericht des Delegierten vom Verbandsstage, Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz und Gewerkschaftliches. Zu Punkt 1 erledigte sich Kollege Neumann seines Referats zur Freiheitlichkeit der Versammlung. In längerer Debatte wurde die vom Verbandsstagsamt angenannte Geschichtsbewilligung der Verbandsbeamten als zu weitgehend sehr kraftig angegriffen. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurden vorgeschlagen die Kollegen Müller, Angermann und Seidel. Kollege Seidel wurde als solcher gewählt. In Gewerkschaftliches ermahnte Kollege Neumann die Versammlung, bereits auf Einhaltung des Tarifes zu dringen. Darauf erschloß, nach einem kurzen Appell des Vorsitzenden, das Gesagte nun auch zu beherzigen, Schluss der leider sehr schwach besuchten Versammlung.

**Düren.** Am 11. April legten die Bauhülfsarbeiter bei der Firma Freialbenhofen plötzlich die Arbeit nieder. Anlaß hierzu war, daß die Bauhülfsarbeiter um eine Lohnzehrung von 35 auf 40 & vorstellig geworden waren, was der Meister jedoch ablehnte. Darauf waren mit einem Schlag 40 Maurer arbeitslos geworden. Die Geschichte dauerte aber nur andertags Tage, denn die Bauhülfsarbeiter mußten bald erkennen, daß andere Kräfte am Werke waren, die ihr Vorhaben verhinderten. Das war das Vorhaben der "Christlichen". Der christliche Beamte der Textilarbeiter (I) war mit einigen Männern beim Unternehmer vorstellig geworden und hatte, eben den christlichen Gauleiter zu benachrichtigen, einen Vertrag abgeschlossen, wonit der "christliche" Textilarbeiter noch dem Unternehmer Freialbenhofen vertrittet, ihn für 37 & Stundenlohn mit fröhlichen und fröhlichen Bauhülfsarbeitern, zu versorgen. Der anwesende Kollege Muhs gab dies den Beteiligten bekannt und erklärte, der Unternehmer wolle auch den Ausländern 37 & zahlen, wenn sie "christlich" wären. Darauf wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, was auch am 13. April geschah. Das sind ja höchst sonderbare Zustände im christlichen Lager, daß irgend ein beliebiger Mensch herkommt und sich, ohne bei den "christlich" organisierten Bauarbeitern Widerstand zu finden, in Bauarbeiter-Angelegenheiten mischt.

**Einbeck.** Die Versammlung des Zweigvereins Einbeck beschloß am 9. April, daß in dem gesamten Lohnbezirk Einbeck jene Kollege mehr Aufordnungen übernehmen dürfe, die es über auch in seinem Hause zugelassen werden, daß auswärtige Kollegen hier Arbeiten in Alsfeld ausführen. Wir empfehlen allen Unternehmern diesen Beschluß zur Beachtung!

**Eisfeld.** Der Maurerstreit vom vorigen Jahre scheint jetzt manchem Maurer in Sonnenborn-Bodewinkel, der damals Arbeitwilligendiente vertrieben, Verdruss zu bereiten; denn es hält schwer, mit organisierten Kollegen zusammenzuarbeiten. So geht es auch dem damaligen "arbeitsswillingen" Maurer Wilhelm Wiesenborn. Dieser hat während des Streits eine traurige Rolle gespielt. Er ist nicht nur als "arbeitsswillinger" bekannt, sondern hat es auch fertig gebracht, zwei verherrigte Kollegen unglücklich ins Gefängnis zu bringen. Mit welcher Naivität er vorgegangen ist, soll hier geschildert werden. Als der Streit beschlossen wurde, arbeitete er auswärts (also nicht im Lohngebiet), doch schon am zweiten Tage konnte man ihn mit seinem Gehirnach bei dem Unternehmer Steinmetz sehen. Glücklicherweise konnte er noch rechtzeitig von mehreren Streitenden abgefangen werden. Er nahm die Arbeit nicht auf, sondern verbreitete, mitzutreilen. Über das war nur Spiegelstechter, um uns los zu werden. Jetzt bot er sich bei einem anderen Unternehmer (Sohn ist sein Name) als Aussteiger an, und selbstverständlich wurde er eingestellt. Nun entwarf er seinen Plan. Er ging zum Streitort und erklärte seinen Eintritt in den Verband. Das Eintrittsfeierliche wollte er am anderen Tage bringen. Aber die Streitpartei sollten etwas anderes erleben. Als die Arbeit begann, sah man diese Helden mit dem Unternehmer an, um die Arbeit aufzunehmen. Die Streitpartei hielten es für ihre Pflicht, den Aussteiger nochmals zu warnen. Das war aber Wasser auf seine Mühle. Er ging zum Stab und sandte freundliche Aufnahme. Darauf erfolgte eine Anklage gegen die beiden Streitpartei wegen Bedrohung, welche zur Folge hatte, daß der mit drei Tagen Gefängnis bestraft wurde. Nachdem nun der Streit mit einem Sieg für uns geendet hat, will sein Kollege mit diesem tapferen Helden zusammenarbeiten. Jetzt, wo er wieder so sehr in der Klemme sitzt, kam er zum Vorstand resp. Vorsitzenden und bat, man möge doch seine Fehler, die degangen habe, vergessen; er hätte sie auch schon bereut, und wir möchten ihn doch in den Verband aufnehmen. Die Versammlung beschloß einstimmig, diesen Aussteiger in den nächsten zwei Jahren in den Verband nicht aufzunehmen. Zu erwähnen ist auch noch folgender Fall: Als er bei dem Unternehmer, wo er jetzt in Arbeit steht, wegen Arbeit antrat, denunzierte er unseren Vorstand (dieser arbeitet nämlich bei dem Unternehmer), worauf ihm der Unternehmer zu verstehen gab, daß dies nicht seine Sachen wären.

**Eisen.** Eine leider noch viel verbreitete Sitten oder Unsitte im Baugewerbe sind die sogenannten Nichtfeste. Es handelt sich, der gern ein Glaschen trinkt, freut sich aufs Fest, wenn man noch am Fundament arbeitet, und mancher erträgt die schlechtesten Behandlungen, nur um das Nichtfest nicht zu verpassen. Gewöhnlich hat aber solch ein Nichtfest die schlimmsten Auswirkungen im Gefolge. Periodischer Hob, Sämtliche Maurer und noch Schwimmer bilden gewöhnlich immer den Schluss dieser Feierlichkeiten. Einem solchen Nichtfest fiel vor Kollege Vitus Rau. Dienstag, den 9. April, zum Opfer. Sämtliche Kollegen der betreffenden Baufette waren Nachtmärsche zusammen, als ein übelbekanntes Individuum in den Eintritt erwang, und nachdem er erfolglos zur Ruhe ermahnt worden war, mit einer langen dreikantigen Feile auf unseren Kollegen eintrat und ihm einen Stich verbrachte, an dessen Folgen unter Kollege vertrübt ist. Müssen unsere Kollegen auch auf diesem Gebiete bahnbrechend vorgehen und die sogenannten Nichtfeste, die meistens der Aussprungspunkt einer unerlaubten Schlagerei sind, abschaffen.

**Glienicke.** Die hiesigen Blauritter und Zimmerer haben durch friedliche Vereinbarung mit den Unternehmern eine Lohnabrogation erzielt. Der bisherige Stundenlohn betrug 50 &; jetzt ist er auf 55 & festgesetzt worden. Die Kollegen verdanken diesen Erfolg ihrem geschlossenen Vorgehen und der starken Nachfrage nach Arbeitern im Baugewerbe. In der Mitgliederversammlung am 18. April wurde beschlossen, den 1. Mai durch eine Maiarife zu feiern. Die verbratenen Kollegen haben ferner eine Maiarife im Preise von 50 & zu lösen und die ledigen eine solche im Preise von 1 M.

**Gemmendorf.** Am 11. April hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der die Schuhkommission über die Verhandlung mit den Unternehmern Bericht erstattete. Es ergab sich, daß 34 Unternehmern sich zur Unterchristi bequemten, aber eine Anzahl mit der Bedingung, unseres Tarifs dahin abzuändern, daß mit den Junggesellen ein niedriger Lohn vereinbart werden sollte. Wieder andere fanden die achtjährige Lohnzehrung nicht möglich machen. Um ein Embargouement zu zeigen, beschloß die Versammlung, eine Erhöhung des Tarifs einzuführen. Danach sollen die Ortsräte Ostern und Dobrotz zum Vertragsgebiet gehören, und unter Tarif lauteten: Winkelslohn pro Stunde 40 &; Überstunden 45 &; Nacht- und Sonntagsarbeit 50 &. Mit Junggesellen im ersten Jahr nach der Lehrzeit, Invaliden und durch hohes Alter minderleistungsfähige gewordenen Gesellen kann ein niedriger Lohn vereinbart werden, aber nicht über 5 & weniger als in den vorhergehenden Sägen. Lohnzahlung erfolgt nach freier Vereinbarung, aber mindestens alle 14 Tage. Das Arbeitsverhältnis kann beiderseitig ohne Kündigung gelöst werden. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Dies sollte den Unternehmern bestätigt geben werden. Diejenigen Unternehmer, die sie zur Abschließung eines Vertrages nicht hergaben, wurden gepfetzt, mit Ausnahme von Söldt in Ostern, wo neben drei von unseren Kollegen noch zwei unorganisierte in Arbeit stehen. Söldt wird so wenigstens gezwungen, den geforderten Lohn zu zahlen. Nehmen wir die drei Kollegen dort fort, und die anderen weigern sich, die Arbeit zu verrichten, so würde der Betrieb in dieser Zeit wieder befreit sein, da allein an der äußeren Grenze unseres Lohngebietes liegt. So ist es uns noch viel eher möglich, zu agitieren, um dann zur richtigen Zeit den Unternehmer Söldt zur Unterchristi zu bringen. Zum Punkt "Beschiedenes" stellte unser Kästner den Antrag, vom 1. Mai an 40 & Wochenbeitrag zu zahlen. Mitglieder, die dann noch Rückstände haben, sollen für diese auch 40 & zahlen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nun, Kollegen, zeigt, daß das Beschiedene auch durchgeführt wird, sorgt für regen Besuch der Versammlungen und agitiert für den Verband, damit er auch hier erfährt und weiter für seine Mitglieder sorgen kann. Denn jeder, der die Anfangsgründe unserer Bewegung erfaßt hat, wird begreifen, daß sie speziell in unseren Ortschaften noch viel gebessert werden kann, wenn wir ernsthaft wollen.

**Ostsum.** In der Mitgliederversammlung am 18. April gab der Kästner, Kollege Henselin, die Abrechnung vom

ersten Quartal 1907 bekannt. Die Hauptklasse hatte eine Einnahme von M 161,95 und eine Ausgabe von M 105,91, somit einen Kassenbestand von M 56,04. Da die Nebeklassen die Richtigkeit der Abrechnung bestätigten, so wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann erörterte der Delegierte vom Verbandstage in Köln, außer Vorstand und Hofsmaan, einen ausführlichen Bericht über die Sitzungen des Verbandstages. Darauf wurde mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsschuhe zu feiern.

Am 21. April fand dann wieder eine gemeindeliche Sitzung der Lohnkommissionen der Maurer, Zimmerer und Baufußarbeiter bezüglich unserer Lohnbewegung statt. Es war wieder ein Schreiben der Unternehmer eingegangen. Da der darin enthaltene Lohntarif aber ungefähr dasselbe war, wie der bereits früher angebotene, so wurde er abgelehnt. Es wurde beschlossen, bei der alten Forderung von 50,- Stundenlohn für Maurer und Zimmerer und 40,- für Baufußarbeiter zu bleiben. Wenn die Unternehmer aber absolut auf zwei Jahre abstimmen wollen, so sollen für das zweite Jahr 53,- resp. 45,- Stundenlohn gezahlt werden. Außerdem hatten die Unternehmer einen Punkt dem Tarif zugefügt, wonach es den Unternehmern überlassen bleibt, ob sie Arztarife zu vergeben. Da wir aber nicht in Alsfeld arbeiten, so wurde der Punkt verworfen. Dies wurde den Unternehmern in einem Schreiben unterbreitet und um baldige Antwort gebeten. Der Tarif läuft am 1. Mai ab.

**Kattowitz.** Den hier zureitenden Kollegen diene zur Kenntnis, daß sie sich Rathausstelle Nr. 12, Gewerkschaftsbau, zu melden haben. Die Dienststunden sind Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 8 bis 9 Uhr Abends und am Sonntag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittag. Die Vertretungsmaänner an dem Zweigverein Kattowitz mögen sich bereits Agitation an dem Vorstand, Kollegen Jol. Kredel, Kattowitz, Andreaststr. Nr. 9, wenden. Weitere Morgenangelegenheiten wende man sich an den Kassierer Franz Reichel, Kattowitz, Haasestr. Nr. 14.

**Kittingen.** Am Montag, den 8. April, fand im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung statt, die aber nur von 30 Kollegen besucht war. Da sich der Schriftführer Geist auswärts in Arbeit befindet, wurde im ersten Punkte der Tagesordnung die Neuwahl eines Schriftführers vorgenommen und als so der Kollege Joseph Brand gewählt. Sodann beriefen der Vorsitzende den Quartsalabschluß. Darauf berichtete der Vorsitzende vom Verbandstag in Köln. Bevorstehend sprach er über die Krankenunterstützung, da manche Kollegen der Ansicht sind, wenn sie Krankenunterstützung beziehen, wären siebeitragsfrei oder könnten Arbeitslohnmarken lieben. Kollegen, die Krankenunterstützung beziehen, haben ihren ganzen Beitrag zu zahlen. Weiter berichtete der Vorsitzende über das Verbot der Affordarbeit und legte den Kollegen klar, wie schädlich die Affordarbeit ist. Ferner gab er von einer Besprechung der Berliner Maurerkennnis. Da diefeleten der Ansicht sind, daß sie diesmal nicht friedlich zu einem Vertrag kommen, werden die Kollegen ernahmt, nicht nach Berlin zu reisen. Darauf wurde über zwei Kollegen gesprochen, die im Vertrag rückständig sind. Es wurde beschlossen, sie nochmals zu melden, zu zahlen, widrigstellten sie ausgeschlossen würden. Zogt sam Baumeister Siegel, der vertragabdrück geworden ist, an die Reihe. Zum Vertrag sollen vom 1. April 1907 an 39,- Stundenlohn bezahlt werden, ob der Herr Siegel nicht bezahlt will. Es wurde hierüber stark diskutiert, ein Vertrag aber nicht fertig. So wurde einige Kollegen dort befürchtet sind. Zuletzt wurde noch der Antrag gestellt, am 6. Mai das jährliche Sitzungstisch zu feiern. Es mußte aber vorläufig davon abgesehen werden, da noch verschiedene Hindernisse im Wege sind. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Neumünster.** Am 17. April tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des bietigen Zweigvereins mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung. Die vierteljährliche Abrechnung der Unterstützungsstufe wies eine Einnahme in Höhe von M 235,09 und eine Ausgabe von M 172,31 auf. Bestand am 1. April 1907 M 62,74. Eine lebhafte Debatte entpuppte sich über den Kastellbericht. In die vom Kastell eröffnete Autontrollkommission wurden zwei Kollegen gewählt. Dann wurde noch ein Nebistor gewählt. Dem Antrage des örtlichen Parteidienstes, unsere Versammlungen auf einen anderen Tag zu versetzen, wurde folge geleistet. Die Versammlungen finden in Zukunft am Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat statt. Ferner wurde beschlossen, einem jeden Angestellten ein Protokoll vom Verbandstag zuzustellen, und zwar auf Kosten der Volksstelle. Dazu wurden in "Verchiedenes" noch einige innere Angelegenheiten erledigt. Es wurden den Vorfließenden und Kastellägeln erteilt, wie weit und unorganisierten Maurern gegenüber zu verhalten haben. Es wurde noch auf unser Baubewegungssystem hingewiesen und die Kollegen aufgefordert, noch mehr als bisher dafür einzutreten, damit wir, wenn wir den Bericht in die Lohnbewegung eintragen, gelöschten seien. Dann wurde noch auf den Beschuß der vorigen Versammlung, wonach der 1. Mai durch Arbeitsschuhe zu feiern ist, außerordentlich gemacht. Die Kollegen wurden aufgefordert, die Arbeit am Weltfeiertag einmütig ruhen zu lassen. Darauf erfolgte Schluß der sehr interessanten Versammlung. Zu wünschen wäre, daß die anstrengenden verheiraten Kollegen bald aus dem Winterhalbjahr ausmachen möchten, damit auch sie mehr an den Versammlungen teilnehmen können.

**Nordhausen.** In unserer regelmäßigen Mitgliederversammlung am 9. April hielt Genosse Nedderkamp einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die kulturelle Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation und die Schwärmerei unter sich. In der Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Vortragenden. Es wurde, sobald festgestellt, soweit dies in der Versammlung möglich war, daß bei der letzten Lohnzahlung der neue Stundenlohn von 40,- von allen Unternehmen gesetzt worden ist. Darauf berichtete die Agitationskommission über die bisher erzielten Erfolge zur Stärkung der Organisation. Es wurde der Wunsch ausgedroht, daß in der bisherigen Weise weitergearbeitet werden möge. Die Wissentlichung, daß bei einem Unternehmer über die tarifmäßige Betriebsarbeit verhandelt wird, rief eine längere Debatte hervor, die damit endete, daß die Angelegenheit der Rohrkommision zur Regelung überwiesen wurde.

Mehr. Donnerstag, den 18. April, tagte in Suhl eine öffentliche Maurerversammlung, zu der auch die Unternehmer von Suhl erschienen waren. Kollege Schenl aus Erfurt referierte über das Thema: "Wie stellen wir uns zu unserer Lohnforderung?" Nedderkamp erinnerte die Kollegen daran, daß wir laut Vertrag vom vorigen Jahre etwaige Forderungen für dieses Jahr am 15. Dezember v. d. einreichen müssten, was ja auch geschehen sei, indem am genannten Tage unsere Forderung von 45,- gezeigt wurde. Die Meister hätten es jedoch unterlassen, mit uns zu verhandeln, dagegen am 28. Februar eine Versammlung mit 20 unorganisierten und sechs organisierten Kollegen abgehalten und mit ihnen einen Vertrag abgeschlossen, der dahin lautet, daß für dieses Jahr 42,- Stundenlohn als Höchstlohn für die besten Maurer gezahlt werde. Da nun die Meister nach dem Streit vom vorigen Jahre den Kollegen 40,- auch 42,- zahlten, so haben sie für dieses Jahr, trotz der neuen Lohnförderung, keine Befriedigung gemacht. Kollege Schenl stellte es den Kollegen frei, diesen Vertrag anzunehmen oder auf unserer Forderung zu berichten. Da Meister Hof erklärte, die Unternehmer von Suhl könnten nicht mehr bewilligen, ohne ihren Setzzeit in Eisenach zu benachrichtigen, so wurde dem Herrn in einer lebhaften Diskussion von den Kollegen überzeugt, in welchen traktiven Verhältnissen sich die Maurer von Suhl noch befinden. Es wurde dann durch geheime Stimmenabstimmung von den Kollegen einstimmig beschlossen, auf unserer Forderung zu berichten. Kollege Schenl machte nochmals darauf aufmerksam, daß unser Vertrag in 14 Tagen, also am 1. Mai, abläuft; wenn sich die Unternehmer dann nicht entschlossen hätten, wären wir gezwungen, unserer Forderung den nötigen Nachdruck zu geben. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Schwarzburg.** Die bietige Jahrestagssitzung steht am 13. April eine Extra-Mitgliederversammlung ab. Nach Erhebung der Beiträge berief der Vorsitzende den neuen Lohntarif, der am 1. Mai d. J. in Kraft tritt und von den Unternehmern anerkannt und unterschrieben ist. Er schreibt die neuemittlungsfähige Arbeitszeit vor und garantiert vom 1. Mai 1907 bis 1. Mai 1908 einen Stundenlohn von 55,-, vom 1. Mai 1908 bis 1. Mai 1909 einen Stundenlohn von 60,-. Statt der bisherigen vierzehntägigen ist auch die achtstündige Lohnzahlung genehmigt. Hierauf berief der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal dieses Jahres, die von den Meistern redigiert und für richtig befunden worden war. Dem Kassierer wurde Erklärung erteilt. In "Verchiedenes" wurde über die Affordarbeit gelobt. Trotzdem Affordarbeit tarifmäßig nicht ausgezahlt werden soll, haben doch einige Kollegen Affordarbeit übernommen. Nach langerer Diskussion wurde beschlossen, hierzu Sonntag, den 21. April, Nachmittags 4 Uhr, eine Extra-Mitgliederversammlung abzuhalten, um dagegen Stellung zu nehmen.

**Singen.** Ein Schwerpunkt in der Arbeiterbewegung, speziell in Maurerkreis, bildet unfehlbar die Segeberg und das badische Oberland. Während an anderen Orten, wo oftmals keine so rege Bautätigkeit herrsche, starke Organisationen bestehen, ist es hier noch einem großen Teil der Kollegen nicht eingefallen, sich um die Errichtung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kümmern. Nachdem nun hier und in Niedersachsen etwas mehr Leben in die Organisation gekommen ist, will in Konstanz nichts mehr, recht gelingen, die uns noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Obgleich in Niedersachsen verhältnismäßig der schlechte Lohn bezahlt wird (Gehaltlohn 42,- pro Stunde) den anderen Orten gegenüber, leben die dortigen Maurer und Handlanger so gleichzeitig in den Tag hinein, als sie zu den bestimmtsten Leuten gehören, denen der lange Winter durchaus nicht gefährdet hätte. Ein Teil der italienischen Kollegen hat sich in Kreuzlingen in einer besonderen Organisation zusammengefunden, obgleich sie ebenfalls in Konstanz in Arbeit stehen. Die führen die etwas höheren Gehälte bei uns, obgleich der vorjährige Streit in Kreuzlingen gezeigt hat, wie weit man mit niedrigen Gehältern kommt. Andere Kollegen in Konstanz laufen lieber den Kurzverträge nach und opfern ihren sauer verdienten Lohn einem Zwecke, der für uns Arbeiter nur schädlich ist. Die Konjunktur ist momentan in Konstanz nicht gerade gut; trotzdem könnte manches für uns erreicht werden, wenn die dortigen Maurer einmal ihre Gleichmäßigkeit fallen ließen. In Ueberlingen wurde in letzter Zeit eine Babbstelle der Maurer gegründet, die gut zu werden verspricht, ebenso in Pfullendorf. In Ueberlingen ist der Überleitung hat sich in letzter Zeit eine christliche Organisation gebildet, und zwar unter Mitwirkung des dortigen Geistlichen und des bekannten Herrn Rott aus Karlsruhe. Das führende Centrumorgan der Segeberger ist "Freie Stimme" (F.S.), sprach, tags darauf von 90 Mann, die sich um die Fahne der christlichen Organisation geschart hatten; in Wirklichkeit kosten es, wie dortige Kollegen berichteten, nur neun jein. Die Kollegen von Ueberlingen, Zippelingen und Konstanz mögen sich ein Vehelp nehmen an den Zimmerer in den genannten Orten, die im letzten Jahre in Konstanz und ähnlich in Ueberlingen gezeigt haben, daß durch die Organisation und wieder nur durch die freien Gewerkschaften etwas erreicht werden kann. In Mettingen haben eine Anzahl Maurer verhakt, ohne organisiert zu sein, den Unternehmern etwas abringen, indem sie in eine Lohnbewegung eintreten, aber nicht föderieren, d. h. für die Maurer keine Vorstufe brachte. Hoffen möchten, daß die dortigen Kollegen jetzt zu der Einheit gesommen, daß unorganisiert sich heutzutage nichts mehr machen läßt. Wie notwendig es ist, daß die Maurer sich in Zukunft mehr um die Organisation kümmern, zeigt der Stundenlohn in den verschiedenen Orten: Konstanz mit 36 bis 48,-, Ueberlingen 35 bis 40,-, Adolfszell 35 bis 43,-, Singen 40 bis 46,-, Pfullendorf 40,- bis 48,-, Zippelingen 30,- bis 40,- pro Tag, ebenso Mettingen und Stolzenhain; Donaueschingen 30,- bis 42,- pro Stunde. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß in allen Orten, wo seit einiger Zeit eine Organisation existiert, auch andere und bessere Löhne bezahlt werden. Leider gibt es auch in diesen Orten noch Kollegen, die gemischausen zu seie sind, dieß eingestehen. Auch der Bauarbeiterberuf lebt in allen Orten vielsei zu wünschen übrig; eine Kontrolle wird nicht oder nur selten ausgeübt, daher auch die vielen Unfälle in den letzten Jahren. Deshalb wird es gut sein, wenn die Kollegen überall, wo es möglich ist, darauf dringen, daß Bauarbeiterkommissionen gebildet werden, um auf die Behörde einzuwirken zu können. Die Hauptabgabe aller Kollegen aber wird es in Zukunft sein, für die Organisation mit allen Kräften zu agitieren, die persönlich

Reihereien fallen zu lassen und steis dessen eingeben zu sein, daß nur ein vernünftiges kollektives Zusammenarbeiten in der Organisation uns zum Ziele führen kann.

**Stadtthagen.** Unser Zweigverein hält am 7. April eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Die bietigen Unternehmer hatten im vergangenen Jahre einen Tarif mit uns abgeschlossen, in dem vom 1. April d. J. an ein Stundenlohn von 35,- festgelegt war. Es ging uns nun gegen Mitte März ein Schreiben vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu, in dem es heißt, die Unternehmer der Stadt Stadtthagen und Umgegend fühlen sich vorläufig nicht veranlaßt, den im Vertrag festgelegten Lohn vom 1. April an zu zahlen. Wir führen es natürlich an einer gebührenden Antwort nicht fehlen, denn die Konjunkture ist hier in diesem Jahre sehr günstig und somit führen wir leichtes Spiel. Die Unternehmer fühlen auch sofort nach Empfang unseres Schreibens mit uns zu verhandeln. Die Verhandlung ergab, daß sämtliche Unternehmer hemmstigten. Diese Vorstandsmitglieder waren eigentlich der Grund, zu unserer beutigen Versammlung. Nun sollte man glauben, leigste vor Belohnung ganz überfüllt gewesen, aber wir hatten uns schwer getan. Nicht einmal der dritte Teil der Mitglieder war anwesend, die übrigen hatten inzwischen vermeldet, daß die Unternehmer hemmstig waren und dachten, es ist ja alles da; die Versammlung braucht nicht mehr betracht zu werden. Mach es nur in weiter, Kollegen, die folger werden. Sie führt genau erfahren.

**Tancha.** In der am 13. April im "Deutschen Haus" abgehaltenen Versammlung erstellte der Betriebsratmann Räther den Kastellbericht vom ersten Quartal, der ergab, daß die Einnahme hinter der Ausgabe zurückgeblieben war. Sodann wurde nochmals darauf hingewiesen, daß am 28. April unter Sitzungssitz stattfindet. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsschuhe zu feiern. In das Präsidiumskomitee wurde Kollege Räther gewählt. Die Kollegen wählten sich am 1. Mai, Morgens 10 Uhr, im "Deutschen Haus" einzufinden; von dort wird ein gemeinsamer Tagabgang unternommen. Nachdem die Kollegen noch zur Einhaltung der geplanten Beschlüsse ermahnt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Wiesbaden.** Am 11. April hält der bietige Zweigverein seine monatliche Mitgliederversammlung zum ersten Male im Gewerkschaftshaus ab, die sehr schwach besucht war. Die Gewerkschaftshaus ab, die sehr schwach besucht war. Die Kollegen Schmid und Abel erhielten Vertrag vom 9. Verbandszeitung. Kollege Abel berichte zum Schluss seiner Ausführungen, daß der 10,- Zuschlagsbetrag im Zweigverein Wiesbaden unbedingt durchgeführt werden müsse, indem seine Verteilung vom Verbandsamt bestimmt werden soll. Zur diesjährigen Verteilung wurde Arbeitsschuhe beschlossen. Ein Antrag des Kollegen Wolfrid, den Kollegen Wilt, Schmid und Abel, seine Ansicht zu entbinden, was er sein Amt als Obmann der Bauarbeiterberufskommission aus gewissen Gründen nicht mehr annahm, wurde abgelehnt.

### Friesenleger.

In Bochum waren die Friesenlegergeschäfte nicht zur Anerkennung des im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifs zu bewegen. Die Kollegen sind nun naddem sich auch das Eisenbahnamt außer stande erklärt hatte, die Unternehmer zu zwingen, in den Streit eingetreten. In Frage kommen 22 Kollegen.

### Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Friedrich Birkels in Lüttit, der als Kassierer der früheren Verwaltungsstelle in Lüttit-Koßfelder verurteilt und unterzuhängen bat, ist zu einer Geldstrafe von vier Monaten verurteilt worden.

**Der Vorstand.**

**J.A. W. Thiemar, Vorstand.**  
NB. Die Jahresabrechnungen pro 1906 sind an die örtlichen Verwaltungen abgesandt; sollten sie in einer Zahlstelle nicht eingetragen sein, so erüben wir, uns zu beauftragen.

D.O.

In der Woche vom 14. bis 20. April sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Borsdorf 400, Steglitz 400, Harburg 400, Oranienburg 390, Kirch-Siebold 200, Iyehoe 200, Westin 200, Adlershof 200, Palawatz 200, Annaburg 200, München 200, Velum 200, Strommen 184,52, Memel 150, Strausberg 150, Golzon 120,50, Steinbel 108,50, Wagen 100, Zehlendorf 100, Laublith 100, Trebitz 100, Viergrinde 100, Alteflesch 100, Dahlenburg 100, Nienstedten 100, Lübbin 90, Nielenben 75, Bergedorf 90, Düben 57, Bölfen 50, Frankenfel 50, Holtenau 50, Neuhaus a. d. Elbe 40,25, Hohenbrug 20, Summa M. 5383,17.

Zuliefer erhielten: Oberau M. 250, Dortmund 200, Meiersberg 150, Blomberg 150, Buntzlau 100, Glensburg 100, Bernau 100, Hamm 100, Breyenau 100, Genthin 50.

Altina, den 20. April 1907.

Karl Reiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

#### Unfälle, Arbeitsschuh, Submissions etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bauleistungszügen, überhaupt von allen wichtigen Vorstandssitzungen aus den Bautenschmieden einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

**Dornheim.** Bei einem von dem Maurermeister Schneller aufgerichteten Neubau in Wollitschburg starb der 56 Jahre alte Kollege Christoph Görlitz aus einer Höhe von 6 m in die Tiefe. Außer einem Bruch des Schulterbeins erlitt er noch innere Verletzungen. Der Unfall passierte beim Geschmieden. Es wäre Pflicht der mitarbeitenden Kollegen, daß man alte Kollegen derartige Arbeiten nicht mehr ausführen läßt.

E f f e n . Sonnabend, den 18. April, verunglückte unser Kollege Anton Blum aus Stolzenberg auf der chemischen Fabrik Firma Moldings u. Fischer tödlich, indem er von der Transfusion erstaunt und mehrmals herumgeworfen wurde. Wie der Unfall passiert konnte, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Auf jeden Fall war es ungünstig, den Kollegen mit einer Arbeit zu betrauen, bei der er von der Transfusion erstaunt werden konnte. Viele dieser Vorfall allen Kollegien zur Warnung dienen.

H a n n o n . Montag, den 16. April, verunglückte auf dem Kolonien der Firma "Neumühle" der Maurer Nikolaus Lehnebecker, indem er rückwärts 2 m hoch von der Leiter herunterfiel. Er hat schwerere innere Verletzungen davongetragen und wurde in lebensbedrohliche Zustände ins Krankenhaus gebracht. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, kommt wohl nicht festgestellt werden. Nur die Behandlung des Beträchtlichen ließ zu würdigen übrig. Unfalls der Kranken sofort ins Krankenhaus zu schaffen, ließ man den Unfallstypus anderthalb Stunden an der Engelsküste liegen, ohne daß man ihm die Schuhe und die feinste angestrebte Kleidung löste. Die ganze Behandlung ließ erneut, daß auf dem Bau die Vorarbeiten zur ersten Hütteistung weder vorhanden noch ausgeschlagen sind. Als um 1 Uhr Dr. Binschmann eintrat, löste er sofort die Kleidungsstücke des Unfalltypus und ordnete seine Überführung ins Krankenhaus an.

Um 12 Uhr ereignete sich der Unfall, und um 1 Uhr erhielt der Arzt; er stellte die Frat zu benennen, um den Krankenwagen von dem zuvorhin Polizeirevier zu holen, legte man den Kranken auf eine Stuhlleiter und trugte ihn ins Krankenhaus. Wahrscheinlich ein schlechter Anblick, wenn ein Bergmüller auf einer Stuhlleiter ins Krankenhaus transportiert wird! Der Firma Brauerei, die die Arbeiten ausführt, raten wir, die Vorschriften zur ersten Hütteistung auszuholen, damit jeder hierüber aufkläre, um im gegebenen Fall eingreifen zu können. Den Arbeitern bleibt nichts anderes übrig, als sich in starken Organisationen zusammenzustellen, um das zu erläutern, was man heute den Bauarbeiten vornehmlich, nämlich besseren Bauarbeiterabschluß.

B e l a n i s t . Infolge eines Feuertrittes führte der Verbandsföderate Engel am 16. April bei einem Umbau in Tegel von einer Feuerherstellung der ersten Etage ab. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und war in wenigen Stunden tot.

\* **Bauinsturz in Breslau.** Mittwoch, den 17. April, Vormittags in der alten Stunde, in hier in der Kaiser Wilhelmstraße der Seitenflügel eines Neubaus eingestürzt, wobei leicht Bauarbeiter unter den Trümmern begraben wurden. Dies durch Unfälle wurden dreißig und mehr brave Arbeiter und Familienältere vor dem Tode bewahrt. Das Haus, dem Maurermutter Günther gehörte, stand aus einem Vorbergebaude, einem Seiten- und einem Hintergebäude. Das Vorbergebaude wiederum bestand aus einem Lichthof herum aus einem Frontflügel, einem Hinter- und zwei Seitenflügeln zusammen. Durch den Lichthof führt von der Front nach dem zweiten Hof eine Durchfahrt. Das Gebäude war in Rohbau bereits fertig gestellt und von der Baupolizei abgenommen; an dem Bau wurden nur noch Putzarbeiten am lüdlichen Seitenflügel und Inthaltsarbeiten im Innern vorgenommen. In den verschiedenen Etagen eben des südlichen Flügels arbeiteten Monteure der Firma Beck, um die Betonherstellungslage anzulegen, auch zahlreiche Gas- und Wasserleitungsmontiere waren tätig. Bis auf einige wenige waren diese aber durch Zufall in jenem dem Untergang geweihten Flügel nicht anwesend, und auch von den Bürgern waren augenscheinlich nur vier auf dem Gerüst. Von den drei, die auf der oberen Gerüstetage arbeiteten, schien einer den Sichel wangen; er stach einen Wartungsgriff aus und alle drei flüchteten auf dem Gerüst nach der Straße zu, wo sie zu Boden kamen. Der dritte, der Maurer Löwyner, arbeitete auf der unteren Gerüstetage, die kürzer war, als die obere; er konnte sich deshalb nicht mehr flüchten und wurde von den empötzenden Trümmern in die Tiefe gerissen und dort begraben, so daß nur der Kopf aus den Steinen herausragte. Er erlitt einen Oberdienstleibbruch rechts und Quetschungen am Oberschenkel. Schlimmer ging es dem Hüfsmonteur Krämer, der aus der oberen Etage mit heruntergerissen wurde und völlig von den Ziegeltrümmern bedeckt war; nur eine Hand soll frei geblieben sein. Doch gelang es den Feuerwehrmautnahmen, ihn bald frei zu machen, worauf er sehr durch einen Bodenriss und einen Oberdienstleibbruch verletzt, ins Krankenhaus geschafft wurde. Am meisten bedroht aber waren die Personen, die sich in dem erst wenigen Tage vorher bezogenen Baubureau aufhielten. Es waren der Maurermutter Günther selbst, der ihm beschäftigte Kaufmann Karl Höls, der Bautechniker Schulte, der Buchhalter Braun und der 18jährige Koniorist Bleil. Das Konitor lag in dem südlichen Teil des Seitenflügels, der bis zur Eintrittshalle von dem Kellergeschoß des Seitenflügels mit betroffen wurde. Als Schulte und Braun die Gefahr merkten, sprangen sie durch Fenster und flüchteten über die noch dem großen Hof führende Brander. Sie wurden nur leicht verletzt; auch Herrn Günther gelang es, zu fliehen; er erlitt aber eine schwere Verletzung am Kopf; Höls und Bleil wurden jedoch unter den Trümmern begraben. Welches ist nun die Ursache dieses schrecklichen Unfalls, der nur durch einen bloßen Zufall nicht unendlich viel schlimmer geworden ist? Der dumme, gewissensfreie Typus ist doch dadurch gegeben worden sein, daß in einer Patenti-Gipsdecke zum Zwecke der Rohrdrucksführung Löcher gebohrt wurden; die Decke habe darauf nachgegeben, und schließlich das ganze Mauerwerk mit sich gerissen. Gleich, daß dem so war, wenn das Mauerwerk, wenn die Fundamente gut und standhaft waren, dann hätte der Einbruch einer Patentedecke nicht einen ganzen Gebäudeteil, der in jedem Stockwerk vier Räume und zwei Veranden enthielt, in die Tiefe nehmenden können. Aber das ganze Gebäude ist eben ein ehemaliger Schwindelbau. Um ja recht billig zu bauen, hat man die Weiler so gemacht wie nur irgend erlaubt, gehalten, so daß sie nicht saßen waren, wenn bei der Serrung stärkeren Schleifungen eintraten, sich gegenstellen und das ganze Mauerwerk zu rütteln.

Dazu kommt weiter die schwache Bindung des Mauerwerks bei Rohbauten; um ihnen ein gefälliges Aussehen zu geben, wird die äußere Seite des Mauerwerks aus Verblendern hergestellt. Weil es aber die Gewinnjuden nicht gestattet, für die Verblendung ganze Steine angeworfen, so nimmt man nur einen Absatz oder doch wenigstens einen Bierstein als Verblendern, dann folgt ein ganzer Stein und, da der Maurer Dreiviertelsteine in der Regel nicht setzt, folgen nur Steinflächen und höchstens am hinteren Ende ein halber Stein. Während also in dem nur zwei Steine starlen

Mauerwerk bei Rohsteinen nur eine Bindung vorliegenden ist, treten auf diese Weise an deren Stelle drei, und außerdem oft noch kleine, durch den Mörtel zusammengehaltene Ziegelstückchen; es ist klar, daß auf diese Weise die feste Bindung des Mauerwerks außerordentlich gelähmt wird, zumal wenn das Mörtel, wie das bei derartigen Schwindelbauten oft der Fall ist, aus Billigsteinschlacken übermäßig mit Sand vermengt ist.

Nun kommt aber das Wichtigste. Der Mörtel versetzt das fannitische Mauerwerk, wenn er bei der Verarbeitung wird. Die Bauschulzobligationen bestimmen daher, daß bei einer Stelle von höchstens vier Grad das Mauerwerk eingeholt werden muß. Nun kommt vor, in diesem Jahre ein harter und langer Winter, der die Baumästigkeit auf Monate laben mußte, wenn die baupolizeilichen Bestimmungen streng eingehalten wurden. Über das wäre ein Verbrechen gegen die Großstadt des Bauwesens geworden. Es wurde also den ganzen Winter hindurch gearbeitet, selbst wenn das Thermometer weit unter vier Grad steht herabgefahren war. Dazu kommt noch ein weiterer Umstand. Um nur den Bau zu recht schnell unter Dach bringen zu können, sind die Patentdecks zwischen den einzelnen Stockwerken nicht so eingebaut worden, daß erst, wenn sie liegen, das Mauerwerk der nächsten Etage auf ihnen errichtet würde, sondern es wurde das Mauerwerk ohne Unterbrechung in die Höhe geführt, in den einzelnen Stockwerken wurden die betreffenden Stellen für die Patentdecks ausgespart und diese legerten erst nachträglich eingezogen. Es leuchtet ein, daß durch eine solche Methode nicht nur das Ausfließen der Deden und der weitere Aufbau des Mauerwerks auf diesen ein sehr unsicher werden muß, sondern daß hierdurch ahamals das ganze Mauerwerk überhaupt arg geschädigt wird. Und schließlich scheint noch, als im Keller ein Kessel für die Centralheizung eingerichtet wurde, auf die Unbeschreiblichkeit der Bentenvorlage nicht genügend Rücksicht genommen worden zu sein, so daß möglicherweise durch die Bentenvorlage Grundwasser eingedrungen ist und die Fundamente unterstellt hat.

Es erhebt sich nun die Frage: Wer ist der schuldige Teil bei dieser Katastrophe? Die Antwort wird nach den angeführten Tatsachen leuten müssen: Der Unternehmer, die Baupolizei. Über sonst niemand! Hat die Baupolizei ihre volle Schuldigkeit getan?

Es hat es die Baupolizei nicht gewußt, daß den ganzen Winter hindurch, auch bei ungünstigster Kälte, rubig weiter gearbeitet wurde? Selbst wenn es ihre ehemaligen Beamten nicht gemerkt haben sollten, so hat die Bauaufsichtskommission folgendes Schreiben bereits am 11. Januar an die sächsische Baupolizeiverwaltung gerichtet:

Zur gefälligen Kenntnisnahme, daß am Neubau Kaiser Wilhelmstraße 28 — früher „Stadt Schweidnitz“ — arbeitslose gegen die Arbeitsfürsorge vorliegen. Die Baubude ist in Stein, bei circa 40 Mann Raum-Ab Quadratmeter. Über den Eingängen in ein Tongerüst nicht vorhanden. Vorliegt fällig Material herab. Des ferneren wird bei einer Etage von 6 bis 7 Grad gearbeitet. Wie ersuchen um Abhilfe.

#### Hochachtend

*Z. A.: Rentamt.*

Bis heute noch hat die Baupolizeiverwaltung auf dieses Schreiben nicht geantwortet. Wir fragen nun über: Ist auf diese Artige hin wenigstens irgend etwas veranlaßt worden? Wir fragen aber weiter: War es zulässig und wußte die Baupolizei darum, daß die Patentdecks erst in den einzelnen Stockwerken eingezogen würden, nachdem das Mauerwerk hochgestellt war? Und wie fragen ferner: Hat es die Baupolizei nur zu gewußt, daß bei Verbleibern nur Stahl- und Bleirisse keine verwendet werden, und daß zur Ausfüllung dann nicht einmal Quarzit, sondern oft Ziegelbruch verwendet wird? Ist alles das, was den angeblich der technischen Qualifikation für die Patentkontrolle ermangelnden Arbeitern aufgestellt ist, tatsächlich den Kaufmännern der städtischen Bentenvorlage verborghen geblieben? Ist bei der Rohbau-Abschaffung der Beamten nicht bemerkbar worden, was Arbeiter ihum vorher gezeigt hatten, daß Ausbaudurchläufe im Mauerwerk aufräumen? Alles das spricht dafür, daß hier schwerste Unterlassungsfürden vorgetragen sind, und wenn die Angelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben sollte, so meinen wir, müßten auch noch andere Leute den Unternehmer auf der Bank der Angeklagten Platz nehmen.

\* **Submissionsblätter.** Im Auftrage der Regierung hatte der Königl. Baurat Dr. H. zum Neubau des Provinzialtheaters Direktionsgebäude am Waterlooplatz in Hannover die Vergabeung der Bauarbeiten, massiven Dach, Asphalt und Gemauarbeiten, einschließlich des Materials, öffentlich ausgeschrieben. Für die Zuschlagskraft waren drei Bauten auszudenken; die gesamten Arbeiten und Lieferungen werden an einen in Hannover begeben. Wie zu erwarten stand, war der Wettbewerb außerordentlich reg. Es forderten Karl Kemel, Hannover, M. 181 979,75; Dietring & Gaede, Hannover, M. 182 476,25; Karl Böhm, Hannover, M. 183 894,45; Dr. Jahn, Hannover, M. 185 267,17; Friederich Brauns, Hannover, M. 198 678,06; Stiebelberg & Schermer, Hannover, M. 199 482,73; Max Küster, Hannover, M. 205 793,65; Dr. F. A. Lehmann, Hannover, M. 213 672,78; Karl W. Brüttmann, Hannover, M. 215 928,78; Bösewitz & Schinner, Hannover, M. 219 439,85; Heinrich Herren, Hannover, M. 223 8,20; August Michaelis, Hannover, M. 226 262,25; Wilhelm Flandorff, Hannover, M. 237 795,32.

#### Baugewerbliche Gefangenearbeit.

In Vertretung des Reichstagsamtes hat der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Niederding, dem Reichstag über die Gesetzgebung über die Verhängung der Gefangen in den Strafanstalten des Deutschen Reichs unterbreitet. Danach betrifft die Gesamtzahl der heimhäftigen Gefangenen am 1. Dezember 1905 in sämtlichen deutschen Anstalten mit einer Belegschaft von 50 Arbeitern und mehr 69 797, wodurch 82 786 männliche und 7011 weibliche nach den vom Bundesrat im Jahre 1897 festgestellten Grundlagen für den Vollzug gerechtlich erkannte Freizeitsachen daran bedacht genommen werden, „die Verhängung der Arbeitskraft der Gefangenen auf Arbeitgeber umfloss einzuführen und den Arbeitsbetrieb möglichst auf Lieferungen für die Staatsverwaltung zu erweitern, unter allen Umständen aber eine Unterbreitung der freien Arbeit zu verhindern.“ Was die Lieferungen für die Staatsverwaltung betrifft, so kommen als solche fast überall zunächst die für die Zwecke der Gefangenverwaltung erforderlichen Handarbeiten in Betracht. Als Arbeiten für die Gefangenverwaltung werden in der Denkschrift insbesondere auch Bauarbeiten genannt. Nach den Mitteilungen der Bundesregierungen werden in den größeren Bundesstaaten überall bauliche Reparaturen, größere Umbauten, Ergründungsarbeiten und zum Teil auch Neubauten von Gefangenenen ausgeführt. Insbesondere sind in Preußen zahlreiche und große Neubauten durch Gefangene ausgeführt worden. In Bayern und Baden hat besonders die Herstellung von Dienstwohnungen für Beamte, namentlich für Unterbeamte, durch Gefangene stattgefunden. In Sachsen sind Gefangene beim Neubau der Landesstrafanstalt Sachsen herangezogen worden. In der Mehrzahl der kleinen Bundesstaaten wurden wenigstens bauliche Reparaturen durch Gefangene ausgeführt.

Im ganzen waren am Schreinungstage, 1. Dezember 1905, mit Bauarbeiten 1161, ausschließlich männliche, Gefangene beschäftigt. Diese arbeiten ganz überwiegend für die Gefangenverwaltung und andere Staatsverwaltungen. Für Privatunternehmer waren 86 (Preußen 67, Sachsen 19), für dritte gegen Zahl 13 (Württemberg 9, Preußen und Hessen je 2), für eigene Regie 6 (Woden) Gefangene beschäftigt. Es geht aus den amtlichen Nachweisen nicht hervor, daß in die Zahl von 1161 auch diejenigen Gefangenen mit eingeschlossen sind, die mit Bauarbeiten bei beauftragten Betrieben beschäftigt waren. Das ist nicht so. Es wurde aber denen von 1904 bei der Schreinung deutlich geworden, daß Gefangene noch ein erheblicher Teil jenen 1161 hinzugezählt seien.

Gegen die Gefangenearbeit ist sich ich nichts einzumischen. Sie hat ihre Berechtigung, ja, sie ist eine Notwendigkeit, durch das Interesse der Gefangenen selbst geboten, und zwar sowohl aus hygienischen, ethischen und moralischen, wie wirtschaftlichen Gründen. Das Gefangenearbeit nicht einem Privaten unternehmer überantwortet wird, vielmehr im Dienste des öffentlichen Weins geübt werden soll, ist eine alte Forderung des Sozialdemokratie. Der von der Sozialdemokratischen Fraktion dem Reichstage 1891 vorgelegte Arbeiterschutzgesetzentwurf enthält u. a. folgende Bestimmung:

„Die Gefangenearbeit soll nicht von Privatunternehmern ausgeübt werden; es sind vielmehr in den Straf-, Fortbildungs- und Beschäftigungsanstalten generale Arbeiter für den eigenen Bedarf, den Bedarf des Reiches, eines Staates oder eines Gemeindeverbundes einzustellen.“

Diese Forderung erfuhr damals noch lebhafte Anfechtung. In der Folgezeit aber hat sie auch die Regierung immer mehr zu ihrem Beamen. Aber damit ist die gründliche Reform des ganzen Systems der Gefangenearbeit noch lange nicht erreicht. Wie dieses System jetzt beschaffen ist, bringt es immer noch eine Unterbreitung der freien Arbeit, wenigstens der Lohnarbeit, mit sich, und zwar auch da, wo sie dem Bedürfnis der Staatsverwaltung dient. Eine Mechtsanspruch auf Lohn für seine Arbeit hat der Strafing nicht. Der Ertrag seiner Arbeit steht in die Staatskasse. Nur eine Beleohnung zu geben, steht ganz im Widersatz der Verwaltung. Und diese Belohnung soll nach den „Grundlagen des Bundes“ für Zuchthausssträflinge nicht mehr als zwanzig Pfennige, für Gefangene und Häftlinge nicht mehr als dreißig Pfennige für den Arbeitsweg verlangen. Das ist eine Ungerechtigkeit. Dem Staate ist ein Anspruch auf Entschädigung aus dem Arbeitsertrag der Gefangenen nur insofern zugestanden, als es sich um Deckung der Kosten des Unterhalts der Gefangenen handelt. Diese Kosten, die ja auch der freien Arbeiter von keinem Arbeitsverband befreiten, müssen belasten sich über den Zeitraum auf höchstens 80 & pro Tag, dazu höchstens 20 & pro Tag. Bildung“ ergibt eine Bewertung einer Arbeitsstrafe mit M. 1 resp. M. 1,10 pro Tag. Das ist reichlich nur ein Drittel weniger, als der Durchschnittsarbeitsertrag der freien baugewerblichen Arbeiter beträgt. Freilich hat der Staat den Vorteil davon; er kostet nicht soviel, als dieser Unterschied beträgt. Aber der Gefangene hat in demselben Maße einen Nachteil, und zwar einen unbedeutenden, nicht zu rechtfertigenden Nachteil. Mit größter Entschiedenheit muss gefordert werden, daß die Arbeit der Gefangenen eben so hoch bewertet wird wie die freie Arbeit, und daß der Gefangene rechtliche Ansprüche hat auf den Teil jenes nach dem üblichen Lohn freier Arbeiter zu bemessenden Arbeitsertrages, der nach Abzug der Unterhaltsosten verbleibt. Darauf soll nichts in die Staatskasse fließen, das muß des Gefangenen Eigentum werden.

Wesentlich den Bemühungen der Sozialdemokratie im Reichstage ist es mit zu danken, daß im Jahre 1900 beim Abschluß der 1897 eingeleiteten Revision der Unfallversicherung ein Spezialgesetz betriebe die Unfallfürsorge für Gefangene, zu Stande kam, welches die Entschädigung der Gefangenen und ihrer Hinterbliebenen bei Unfällen anordnet, die stattfinden bei einer Tötung, bei deren Ausübung freie Arbeiter nach den Unfallversicherungsgesetzen entzöglicht werden.

Dieses Gesetz hat einen besonderen Wert für die mit Bauarbeiten beschäftigten Gefangenen.

#### Aus anderen Berufen.

Die Ausschöpfung der Hamburger Hafenarbeiter ist beendet. Verhandlungen hatten schon seit längerer Zeit stattgefunden, am 19. April sind sie zum Abschluß gekommen. Beide Teile haben Zugeständnisse machen müssen. So haben die Arbeiter auf die Arbeitszeit am diesjährigen 1. Mai verzichtet und die Reederei hat in der eigentlichen Streitfrage, der unbegrenzten Nacharbeit, nachgegeben, indem sie die Führung des Schichtwechsels für die nächste Zeit aufgezogen. Auch in der Lohnfrage ist eine Verhängung erzielt, die für die Arbeiter abgestuft war. In Zukunft soll eine Entlastung geschaffen werden, wo Beschwörungen und Streitigkeiten ihre Einführung finden sollen. Die ausländischen Streitkrediten sollen alle wieder abgeschoben werden, und auch die deutschen „Slob“ werden sich nun kaum noch wohl fühlen. Der Kampf läßt als größte und beste Hölle haben, doch auch die königlichen Kaufleute alias Reederei einfühlen werden, daß man mit den Arbeitern die, gegen sie aber nichts, kostspielige Erleichterung des Geldbeutels erreichen kann.

\* Zur Agitation unter den Biegelerarbeitern. Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes wird in Ausführung der Beschlüsse des vorjährigen Biegeler-Kongresses in den nächsten Wochen eine intensive Agitation zur Gewinnung der Biegelerarbeiter einleiten. Dasselbe soll eine allgemeine Flugblattverbreitung in Biegleben vorangehen. Wir erfreuen die Kollegen, den Verband in dieser Agitation nach Kräften zu unterstützen und den Vorstand besonders über die Art der am Ort befindlichen Biegeler, über bekannte Arbeitsverträge, Lohnarife, Arbeitsordnungen, Hauss- und Kantineordnungen, Kammerneinspeiseordnungen sowie über bestehende Mietstände im Wohn- und Unterkunftsraum, Schlossstellen, Kantinen, bei der Bohnenzahlung usw. in Kenntnis zu setzen.

### Generalversammlungen.

Die Glasarbeiter tagten in der Osterwoche in Penzig. Der Verband hat seit der vorigen Generalversammlung 1905 in Jena einen ganz bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl ist von 7819 am Ende 1904 auf 14 252 Ende 1906 in 170 Zählstellen gestiegen, hat sich also nahezu verdoppelt. Zur Ausbreitung der Organisation hat die Anstellung von zwei Gauleitern wesentlich beigetragen.

Die Einnahmen der Hauptklasse des Verbandes in der Berichtsperiode betragen A. 857 707,31, die Ausgaben A. 290 578,32. Unter den Ausgaben sind erwähnenswert die für Arbeitslosenhilfe A. 28 903,79, für Streiks und Wohnbewegungen A. 217 403,57, für Umgangskosten A. 5495,10, für das Fahrgeld A. 32 627, für Agitation A. 20 392,31, für Bibliotheken A. 3579,72, Verwaltungskosten, persönliche A. 14 000,40, jährliche A. 9511,23. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1906 A. 85 756,04.

Die Bewegung im Verlauf für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war außerordentlich lebhaft. Die Zahl der friedlichen Wohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung betrug in beiden Jahren 89 mit 12 987 Beteiligten. Davon bauten 80 Bewegungen der Verbesserung und 9 der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Diese Bewegungen waren sämtlich erfolgreich; sie hatten für 12 610 Beteiligte eine Verbesserung der Arbeitszeit und für 10 951 Beteiligte eine Lohnherabsetzung zur Folge. Daneben kam es zu Streiks in 25 Fällen mit 4538 Beteiligten sowie eine Aussperrung mit 280 Beteiligten. Von diesen Kämpfen waren 15 erfolgreich und 8 hatten teilweise Erfolg, während 7 erfolglos endeten. Diese Kämpfe kosteten den Verbandsfonds A. 217 403,57, von denen allein A. 103 012 auf einen Kampf in Fürth und A. 52 581 in Grünenplan entfielen.

Von den Beschlüssen ist mitzutunen, daß der Verband das Organ, das bisher Privatorgan des Reichstagsabgeordneten Horn war, in eigene Hände übernimmt. Das Blatt wird fünfzig in Berlin gedruckt. Die Einführung einer Krankenunterstützung wird vertragt, die einer Sterbeunterstützung dagegen beschlossen. Die unterste Beitragsstufe von 20 Pf pro Woche soll wegfallen. Weibliche Mitglieder sollen bei Entbindungen A. 8 Unterstützung erhalten.

Die Vorsteuerländer tagten zur selben Zeit in Berlin. Der Verband zählt 3977 Mitglieder, das ist bei 5500 im ganzen Gewerbe beschäftigten Arbeitern ein ganz gutes Verhältnis. Das Vermögen des Verbandes beträgt A. 97 910,90. Der Verband zahlt Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, dazu tritt nun noch die Sterbeunterstützung. Das Eintrittsgebühr wurde für männliche von 30 auf 25 Pf. für weibliche Berufsbücher von 20 auf 25 Pf. erhöht, der wöchentliche Beitrag von 35 auf 45 Pf. Den verherrlichten Mitgliedern, die infolge Arbeitslosigkeit den Wohnort wechseln müssen, soll eine Weihlube zu den Kosten bezahlt werden. Die Streikunterstützung erhält eine Erhöhung um A. 3 pro Woche für männliche und A. 1 für weibliche Mitglieder.

Die Hotelarbeiter tagten in der Osterwoche in Leipzig. Der Verband zählt 3109 Mitglieder, das Vermögen A. 23 984. Das größte Interesse konzentrierte sich auf die Frage der Verschmelzung mit dem Verband der Gastwirtschaft. Man stimmte ihr im Prinzip zu, doch soll die endgültige Entscheidung erst auf dem nächsten Verbandskongreß getroffen werden. Der Einkauf des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ist noch sehr klein.

### Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 29. Aus dem Inhalt heben wir hervor: *Suum cuiusque*. — Der Arbeiterdeputiertenrat und die Revolution. Von Trotsky (Petersburg). — Der Londoner Grasselsdorfer und die Märschahlen. Von Th. Rothstein (London). — Politische Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung. Von Hermann Molkenbuhr. (Fortsetzung.)

Die "Neue Zeit" kostet pro Heft 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

### Briefkasten.

\* Die Nummer 18 des "Grundstein" muß der Maister wegen schon am Dienstag früh gebracht werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bzw. Zählstellen werden daher gebeten, notwendige Benachrichtigungen so früh abzusenden, daß sie spätestens am Montag mittag in unsere Hände gelangen.

Falkenstein. Kontrollstempel, die den Verhandlungsbehörden bestätigen, muß sich der Zweigverein selbst anstreben. Schiedsgericht, R. G. Von dem letzten Bericht ist uns nur noch bekannt, daß er so belanglos war, daß wir ihn der beruflichen Kollegenschaft ohne Schaden vorhalten könnten. Des früheren Berichtes können wir uns nicht erinnern.

Braunschweig, R. G. Deine Aufzählung trifft nicht zu. In dem Jahresbericht handelt es sich um die Zählstellen Gelsenkirchen, während es sich in der Abrechnung um den Zweigverein in Gelsenkirchen, oder Verwaltungsstelle, wie sie es nennen, handelt.

Lüben, E. G. Den Namen des Einpendlers des bestätigten Berichts können wir nicht nennen, weil wir ihn nicht mehr wissen.

Leignitz, P. Lassen Sie sich das zur Lehre dienen, Sachen, die Sie im "Grundstein" veröffentlicht wünschen, steht auch an die Redaktion einzufinden. Wir können nicht stets die Vorstandssachen durchsäubern.

Grünehal, P. G. Wir begreifen unterfeis nicht, warum Sie noch der "Herr Gauvorstand" uns Mitteilung von der Begründung der Sperrre gemacht haben. Dann wäre sie nämlich längst getrieben worden.

Uma, M. Für die Veranlagung Ihrer Adresse im "Grundstein" liegt ja gar kein Grund vor. Sie stehen richtig verzeichnet im Breslauer Vereinsbuch, und das muß genügen. Wir können unmöglich die Namen und Wohnungen der Kassierer noch extra im "Grundstein" veröffentlichen. Nur wäre Wohnungseränderungen, und dann auch nur, wenn es die Mitglieder des Verbandes gar nicht auf anderem Wege erfahren können, ist eine Anzeige im "Grundstein" angebracht.

### Anzeigen.

\* Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Zählstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik werden wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile folgt 15 A.)

Apenrade. Am 17. April starb nach kurzer Krankheit unser langjähriges Verbandsmitglied August Volkmann im Alter von 67 Jahren an Herzleiden.

Aischaffenburg. Am 14. April starb nach achtjähriger Krankheit unser Kollege Ed. Wenzel im Alter von 26 Jahren an Lungenerkrankung.

Berlin. Am 7. April starb nach langem Leben unser Mitglied Franz Nauk an der Proletarierkrankheit.

— Am 15. April starb unser Kollege Johann Peters im Alter von 57 Jahren an Lungenerkrankung.

Blauskörper a. Dar. Am 16. April starb unser Ehrenmitglied August Kaye sen. im Alter von 71 Jahren an Lungenerkrankung.

Breslau. Am 15. April starb unser Verbandskollege Hermann Pietsch im Alter von 33 Jahren an Schleimhautcarcino.

Bries. Am 14. April starb unser Mitglied Karl Michler im Alter von 48 Jahren an Tuberkulose.

Dresden. Am 6. April starb nach kurzer Krankenlager unser langjähriges Verbandsmitglied Otto Gräpfer aus Hintergersdorf im Alter von 25 Jahren an Lungenerkrankung.

Döbeln. Am 14. April starb unser junger, treuer Kollege Karl Gross im Alter von 19 Jahren.

Duisburg. Am 11. April starb unser Kollege Jos. Pistor im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Gelsenkirchen. (Horst = Emmerich.) Am 20. April starb unser treuer Verbandskollege Hermann Gogolin im Alter von 54 Jahren infolge eines Unfalls.

Kiel. Am 11. April starb unser Kollege H. Sass im Alter von 59 Jahren. — Am 17. April starb unser Kollege H. Stave im Alter von 37 Jahren.

Leignitz. Am 17. April starb nach kurzer Krankheit unser treuer Kollege Ferdinand Tschuschner im Alter von 86 Jahren an Magenleiden.

Lindenstrath a. Gießen. Am 18. April starb nach achtjähriger Krankheit unser Mitglied Heinrich Zinkan im Alter von 80 Jahren an Lungenerkrankung.

Mündenheim. Unser Verbandskollege Jakob Becker ist im Alter von 28 Jahren infolge Erkrankung im Hain (Unfallfall) aus unserem Reihen geschieden. Wir verlieren in ihm einen guten und zielbewußten Kollegen.

München. Am 11. April starb unser Kollege Ignatz Stegbar im Alter von 35 Jahren an Gasvergiftung. — Am 14. April starb nach langerem Leben unser Kollege Thomas Koppert im Alter von 50 Jahren an Magenkrebs.

Potsdam. Am 12. April starb unser Verbandskollege Karl Leisegang im Alter von 45 Jahren an Schlaganfall.

Pr. Stargard. Am 18. April starb unser Kollege Hermann Warmbier im Alter von 44 Jahren an Darmverschließung.

Rheine i. W. Am 18. April starb unser Verbandskollege Gustav Schultz aus Oldenstadt im Alter von 36 Jahren an Lungenerkrankung.

Velten i. W. Am 16. April starb unser Kollege Hermann Engel infolge eines doppelten Schädelbruchs. Der Verlorben war ein reges Mitglied und Mitbegründer unseres Zweigvereins.

Bitzen. Am 9. April starb unser Mitglied Ernst Schurz in Pethau im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.

### Beuthen i. O.-Sehl.

Der Käffestler J. Wygasch wohnt Tarnowitzerstr. 17, Hinterhaus, 2. Et. Dort haben sich die in Beuthen arbeitenden Kollegen anzumelden. [M. 1,50] Der Vorstand.

### Essen a. d. Ruhr.

Aller Bewerbern zur Nachricht, daß Kollege Obermeier, Braunschweig, zum Polizeiamt gewählt ist. Der Vorstand. [M. 1,50]

### Pforzheim.

Die Geschäftsstelle befindet sich bis auf weiteres im "Gästehaus zum weißen Lamm", Lammsstraße. Wir ersuchen, sämtliche Buchstaben dorthin senden zu wollen. [M. 1,80]

Die Zweigvereinsleitung.

### Regensburg.

Der erste Vorsitzende Josef Nayda wohnt jetzt Poetengasse C. 11, part. [M. 1,20]

### Wilhelmshaven.

Unter Käffestler ist jetzt der Kollege Bruno Wallisch; er wohnt in Bant, Schillerstr. 15, 1. Et. [M. 1,20]

### Außfordernung.

Der Maurer Fr. Helmholz, geb. 26. Mai 1860 zu Weitrode, wird erucht, seine Adresse sofort seiner Mutter anzugeben. Kollegen, die den Außenhof Helmholzs wissen, werden erucht, sofort dem Kollegen Fr. Kallmeyer, Güting-Dortmund b. Dortmund, Bahnhofstr. 129, Nachricht zufonnen zu lassen. [M. 2,40]

### Außfordernung.

Der Kollege Otto Heller, geb. zu Wahren bei Leipzig, zuletzt in Elsen, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Kollegen Ernst Schulz zu Elsen gegenüber unverzüglich nadzukommen. Kollegen, die ihn treffen, werden erucht, ihn darauf aufmerksam zu machen. [M. 2,40]

### Der Vorstand des Zweigvereins Essen.

Der Kollege Paul Bernburg aus Caputh wird erucht, unverzüglich zu seinen Eltern zurückzutreten. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, mögen dies an Fritz Wentz in Caputh mitteilen. [M. 1,20]

### Glogau.

Sonnabend den 4. Mai, Abends 8 Uhr:

### Maivergnügen

im "Grünen Baum", bestehend in Theater, Verlobung und Tanz. Die Kollegen werden zur zahlreichen Beteiligung freundlich eingeladen. [M. 2,70]

Der Vorstand.

### Gransee.

Unser Zweigverein feiert den 1. Mai durch Arbeitsruhe. Nachm. 4 Uhr in Versammlung und Abends 8 Uhr Feier im "Schützenhaus", bestehend in Theater, Verlobung und Tanz.

Die Kollegen von Gransee und Umgegend sind freundlich eingeladen. [M. 2,40]

Der Vorstand.

### Lochau.

Mittwoch, den 1. Mai, Nachm. 1 Uhr:

### Sommerfest

in Mayrhof im "Gäthof zur deutschen Krone", bestehend in Konzert und Ball.

Hierzu lädt freundlich ein. [90,- Pf.] Das Komitee.

### Veranstaltungen-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Männer.

### Sonntag, den 28. April.

Gr.-Rhön. Nachm. 8 Uhr in der Wälderhalle Galvithof zu Gr. Rhön. —

Hintersee. Vom 11. bis 13. April bei Vetter in Wittenberg. L.-D.: Verkündung vom ersten Quartal. Bericht vom Verbandsamt.

Schkeuditz. Nachm. 1/2 Uhr im Sächsisches Restaurant. L.-D.: Bericht des Vorstandes.

S. e. en. Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

Templin. Nachm. 8 Uhr im Rathaus des Herrn Hermann.

Zehdenick. Nachm. 8 Uhr im Wuhholz. L.-D.: Kassenbericht und Bericht vom Verbandsamt.

### Donnerstag, den 25. April.

Schleiz. Abends 8 Uhr, Referent Kollege Jakob Leipziger. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

### Donnerstag, den 2. Mai.

Glogau. Abends 8 Uhr im "Raststeller". Referent anwesend. Bücher.

Königsbrück. Abends 8 Uhr im Gasthof.

### Mittwoch, den 8. Mai.

Guben. Abends 7 Uhr bei Stein. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

### Zentral-Krankenhaus der Männer zw.

### Sonntag, den 28. April.

Friedrichsberg. Vorm. 9/10 Uhr bei Böhme, Lindenauerstr. 17. L.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal.

Tempeln. Nachm. 8 Uhr bei Herrn Hermann.

### Sonnabend, den 4. Mai.

Charlottenburg. Abends 9 Uhr im Volkshaus, Rosenthalstr. 8. L.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal.

Berlin. Vorm. 9/10 Uhr im Geschäftsbüro der "O. & C. 1. Kassen- und Büchungsbücher".

Prellin. Abends 8 Uhr bei Herrn Böder in Lichtenburg. L.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal.

### Sonntag, den 5. Mai.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Rosenthalstr. 8. L.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal.

Berlin. Vorm. 9/10 Uhr im Geschäftsbüro der "O. & C. 1. Kassen- und Büchungsbücher".

Prellin. Abends 8 Uhr bei Herrn Böder in Lichtenburg. L.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.